Morgen-Ausgabe
Nr. 511 A 250 49. Jahrg.

Redaktion und Verlag:
Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: A 7 Amt Dönhoff 292 bis 297
Telegrammadresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

BERLINER VOLKSBLATT

SONNABEND
29. Oktober 1932

In Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts ..... 15 Pf.
Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise siehe am Schluß des redaktionellen Teils

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

An die Mitglieder der Gewerkschaften!

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands!

Am 6. November werdet Ihr wieder Euer höchstes Staatsbürgerrecht ausüben.

Dieses Recht ist in Gefahr. Wenn die Reaktion siegt, kann es das letzte Mal sein, daß ein neuer Reichstag nach dem freien Wahlrecht gewählt wird, das die sozialdemokratische Arbeiterbewegung nach dem Sturz des alten Kaiserstaates für sich und das deutsche Volk errungen hat. Der Ausfall dieser Wahl wird es entscheiden.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Ihr habt Jahrzehnte einer harten politischen Schule hinter Euch. Ihr werdet mit klarem Blick die ungeheuren Gefahren erkennen, die sich hinter den staatspolitischen Plänen der jetzigen Regierung verbergen.

Eure Freiheitsrechte, in einer langen ruhmreichen Geschichte erkämpft, sind aufs äußerste bedroht. Euer Kampf um die politische Macht ist in ein entscheidendes Stadium getreten.

Die politische Macht der Arbeiterklasse ist der Schlüssel zum Umbau der Wirtschaft, wie die Gewerkschaften ihn fordern. Ein freies Deutschland kann nur ein sozialistisches Deutschland sein.

Die Souveränität des deutschen Volkes unter den Weltmächten hat zur Voraussetzung, daß das Volk auch über sein innenpolitisches Schicksal souverän entscheidet.

Kein Volk ist frei, dessen Arbeiterschaft zur Unfreiheit, zur Hörigkeit verdammt ist.

Kämpft für Eure Freiheit!

Zeigt allen Gegnern am 6. November, daß Euer Wille zur politischen Macht ungebrochen ist.

Gebt Eure Stimmen der politischen Partei, die allein die Rechte und die Freiheit der Arbeiter und Arbeiterinnen wahrhaft vertritt.

Alle Stimmen für die Sozialdemokratie!

Berlin, 24. Oktober 1932.

Der Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

Die Barone gehen aufs Ganze!

Sie wollen Preußen behalten! — Wahlrechtsraub geplant!

Vor dem „Verein Berliner Presse" hielt der Reichsinnenminister Freiherr v. Gayl am Freitagabend eine hochpolitische Rede, in der die Schleier über die Verfassungsreformpläne der Barone etwas gelüftet wurden. Der Innen- und Verfassungsminister sprach zwar sanft und wie ein Lamm, aber die wenigen Krallen, die er ab und zu vorstreckte, zeigten, daß das Kabinett der Barone auf dem Sprunge ist, den widrigsten Bestimmungen der Verfassung von Weimar den Garaus zu machen.

Allein die Ankündigung, das Wahlalter um 5 Jahre heraufzusetzen und die Einführung eines Pluralwahlrechts, die Einschiebung eines Herrenhauses zwischen Parlament und Regierung sowie die angekündigte Ungebundenheit einer Reichsregierung von jedem Vertrauensvotum des Parlaments, allein diese Pläne sind geeignet, dem deutschen Volke eindringlich klar zu machen, was bei der Wahl vom 6. November auf dem Spiele steht!

*

Im einzelnen erklärte Herr v. Gayl, es sei heute noch nicht der gegebene Augenblick, umstürzende Neuerungen im Aufbau des Staates herbeizuführen. Das Kabinett verzichte daher bewußt darauf, etwas völlig Neues an Stelle der gegenwärtigen Einrichtungen zu setzen. Nicht Neubau, sondern Ausbau des Staates ist das Ziel. Er, v. Gayl, sei zwar grundsätzlichlicher Anhänger des monarchischen Systems. Aber mit Ernst und Nachdruck lehne er es ab, eine Aenderung der Staatsform zu erwägen. Ebenso lehne er einen Einheitsstaat ab und bekenne sich zu dem Bundesstaat. Auch eine Neueinteilung des Reiches in neue Länder oder Reichsprovinzen komme nicht in Frage. Selbst die Bereinigung der zahlreichen Enklaven auf der Landkarte Deutschlands sei keine vordringliche Angelegenheit. Die Verwaltung der kleinen Länder sei zwar kostspielig, aber dies bedeute mehr einen Schönheitsfehler als einen schweren Mangel. Jede Vergewaltigung eines Landes oder Landesteiles lehne die Regierung ab. Nur das Verhältnis zwischen Preußen und Reich bedürfe einer Neuordnung. Im alten Bismarckschen Reich sei Preußen die verfassungsmäßige Präsidialmacht gewesen. Die Weimarer Verfassung habe diesen Zustand beseitigt. Entsprechend dem bundesstaatlichen Charakter des Gesamtreiches solle aber die Eigenstaatlichkeit Preußens nicht weiter angetastet werden, als es das Reichsinteresse erfordere.

In bezug auf das

Urteil des Staatsgerichtshofes

erklärte der Reichsinnenminister:

Aus der Konstruktion der Weimarer Verfassung hat der Staatsgerichtshof juristische Folgerungen gezogen und eine Lösung versucht, die sehr schwer durchführbar ist und den Keim zu neuen unfruchtbaren Auseinandersetzungen in sich trägt. Das Urteil weist aber darauf hin, daß der Herr Reichspräsident unter bestimmten Voraussetzungen Maßregeln treffen kann zur Erzielung einer einheitlichen Politik im Reich und in Preußen.

Unter diesen Verhältnissen hat die Reichsregierung die doppelte Pflicht, sowohl den in Preußen beschrittenen Weg folgerichtig und ohne Schwanken weiterzugehen, als auch alle Kraft daran zu setzen, die Reichs- und Verfassungsreform rasch zu einer gedeihlichen Lösung zu führen.

Preußen soll seine Eigenstaatlichkeit nicht aufgeben, aber es soll als einziges deutsches Land in ein engeres Verhältnis zum Reich treten.

Der Reichsinnenminister fuhr dann fort: Die Entwicklung seit Weimar hat zu einer übertriebenen Zentralisation vieler Verwaltungszweige in Berlin geführt. Die bisherigen Reichsinstanzen waren bestrebt, alle Materien allmählich an sich zu ziehen. Notwendig ist aber eine starke Verlagerung der Aufgaben auf Länder und Gemeinden sowie eine Aenderung des Finanzausgleichs, damit Länder und Gemeinden wieder die Aufgaben selbständig durchführen können, zu deren Erfüllung bisher Mittel vom Reich erbeten werden mußten. Damit ist bereits die Vereinfachung der gesamten Reichsverwaltung angedeutet. Die Vorarbeiten für die Aufhebung entbehrlich werdender Reichsbehörden sind abgeschlossen. In Kürze werden die Aenderungen bekanntgegeben. Sie beziehen sich zunächst auf einen Abbau entbehrlicher Behörden der Finanz- und Postverwaltung und der Sozialbehörden.

Unsere Pflicht gebietet aber auch, die Mängel der Verfassung zu beseitigen. Der Parlamentarismus ist überspitzt, und wichtige Entscheidungen können von einer Zufallsmehrheit abhängen. Hier muß eine Sicherung eingebaut werden. Sie kann im Ausbau der Rechte des Reichsrats oder im Einbau einer berufsständigen Kammer in die Konstruktion der Volksvertretung oder in einer Mischung von beiden bestehen. Die Vorarbeiten sind aber zu dieser Reform noch nicht ganz abgeschlossen. Durch Abänderung des Artikels 54 der Reichsverfassung soll der Gedanke einer gesicherten, vom Parteigetriebe unabhängigen Regierungsgewalt durchgesetzt werden. Aber das Recht des Reichstags soll nicht unnötig eingeengt werden. Eine Reform in dieser Richtung ist das beste Mittel zur Vermeidung von Reichstagsauflösungen. Das allgemeine, gleiche und geheime direkte Wahlrecht für Männer und Frauen soll bestehen bleiben.

Wir halten es aber für richtig, das aktive und passive Wahlalter um etwa 5 Jahre heraufzusetzen und den selbständigen Familienernährer, gleichviel ob Mann oder Frau, und den Kriegsteilnehmern eine Zusatzstimme zu gewähren.

Das Listenwahlrecht soll beseitigt und das Auftreten kleiner Splitterparteien unmöglich gemacht werden. Länder und Volksvertretung werden hoffentlich diese Reformen nicht nur theoretisch anerkennen, sondern auch ehrlich mitarbeiten. Darüber kann kein Zweifel herrschen, daß die Reichsregierung ihre klar erkannte Pflicht zur Reform niemals aufgeben wird."

Braun – Hindenburg

Eine entscheidende Besprechung

Heute mittag um 12 Uhr 15 wird eine Unterredung zwischen Otto Braun und dem Reichspräsidenten im Beisein des Reichskanzlers von Papen stattfinden.

Das Kabinett der Barone hat über die Beschlüsse, die es gestern gefaßt hat, nichts veröffentlicht. Nach der Kabinettssitzung ist Papen vom Reichspräsidenten zum Vortrag empfangen worden.

Unser Ziel

Ein freies sozialistisches Deutschland

Von Th. Leipart

Seit einem halben Jahr ist die Verfassung von Weimar praktisch außer Kraft. Sie wird „geschützt", aber in ihren entscheidenden Teilen nicht mehr angewendet. Sie soll „reformiert" werden, aber nicht aus ihrem Geiste. Der Geist der Weimarer Verfassung ist verbannt, er soll unterdrückt werden. Und das alles aus der angeblichen Vollmacht eines Artikels der Verfassung, des Artikels 48.

Die Staatsgewalt geht nicht mehr vom Volke aus, sondern vom Reichspräsidenten. Das Volk ist nicht mehr souverän. Souverän ist heute der Reichspräsident. Der Reichspräsident ist zwar von der Mehrheit des Volkes in sein Amt berufen. Aber die Regierung des Reiches, die er eingesetzt hat, regiert gegen den Willen der Mehrheit des Volkes.

Die Reichsregierung beruft sich bei jeder Gelegenheit auf überirdische Kräfte als Quelle ihres Rechts gegen das Volk. Sie treibt „Politik aus dem Glauben". Das Volk aber teilt diesen Glauben nicht und mißbilligt diese Politik. Die Regierung zieht aus dieser Tatsache nicht die einzig mögliche Folgerung, schleunigst abzutreten. Sie bleibt und will noch jahrelang im Amt bleiben. Ihre Berufung auf den Glauben ist nichts als die politische Begründung dieser Willkür, sie ist eine überhebliche Selbstvergötterung. Das aber ist Mißbrauch des Glaubens aus Politik.

Die Reichsregierung will eine „autoritäre Regierung" sein. Aber es gibt nur eine dauerhafte Grundlage der Autorität, das Vertrauen des Volkes.

Dieses Vertrauen fehlt. Es fehlt in allen Schichten des Volkes, außer bei jenen, die die Souveränität des Volkes verneinen, die sein unveräußerliches Recht, aus eigenem Urteil zu bestimmen, wie und von wem es regiert werden will, ein für allemal beseitigen wollen.

Politik wird nicht durch den Glauben gerechtfertigt, sondern durch Taten. Die Taten dieser Regierung zeugen wider ihren Glauben. Ihre Pläne bekunden eindeutig ihren Willen, die Staatsgewalt dem Volk zu entreißen.

Die lebendige Einheit von Volk und Staat, durch die Wirkungen der Krise, durch die Folgen einer verhängnisvollen Politik ohnehin geschwächt, soll vollends zerrissen werden. Obrigkeitsstaat und Untertanenvolk: das ist das staatspolitische Ziel dieser Regierung, das ist die Quintessenz ihrer Verfassungsreform.

Aus diesem Geist bürokratischer Diktatur handelt sie schon heute. Sie befragt das Volk, aber sie mißachtet seine Antwort. Sie rühmt sich ihrer Unabhängigkeit von den Parteien, sie nennt sich „überparteilich". Aber diese angebliche Ueberparteilichkeit ist nur eine Ausflucht. Sie muß zu dieser Ausflucht greifen, weil sie in keiner der großen Parteien, die Träger des Volkswillens sind, Anhänger besitzt.

Ihre parteipolitische Unabhängigkeit existiert trotzdem nur in ihrer eigenen Einbildung. Der Beifall der Deutschnationalen beweist, wo sie ihre Anhänger sucht und findet. Sie stützt sich auf die Großagrarier, auf die Schwerindustriellen, die ehemaligen Prinzen, die Fürsten und den Adel. Sie liebäugelt mit den Monarchisten und umwirbt die großen Interessenten. Das ist ihr neues Prinzip konservativer Staatsführung.

Der Reichskanzler wirbt für seine Politik auf den Tagungen der Industriellen und Agrarier. Die einen sucht er durch Steuergutscheine und Prämien für sich zu ge-

winnen, die anderen durch Kontingente und Zölle, die einen wie die anderen durch Subventionen. Der Reichskanzler weiß recht gut, warum er nicht vor den Arbeitern, vor den Gewerkschaften redet. An Gelegenheiten hätte es nicht gefehlt, wenn er selbst den Wunsch verspürte. Die öffentliche Kundgebung der Gewerkschaften am 18. Oktober hätte ihm die Möglichkeit geboten, den Versuch zu unternehmen, seine arbeiterfeindliche widerspruchsvolle Politik vor diesem Forum zu begründen. Aber für die Arbeiter hat der Reichskanzler keine Prämien, keine Steuergutscheine, keine Vergünstigungen, keine Versprechungen in der Tasche. Er hätte mit leeren Händen vor sie hintreten und sich rechtfertigen müssen, wie er es „vor Gott und der Nation" begründen will, daß die Arbeiter durch jede seiner Notverordnungen mehr entrechtet und tiefer ins Elend gestoßen werden. Es wäre ihm nicht gelungen. Denn für diese Politik gibt es keine Rechtfertigung.

In Ministerreden wird von „überlebten Wirtschaftsformen oder unhaltbaren Besitzverhältnissen geredet, aber es wird nichts an ihnen geändert. Die Wirtschaftspolitik dieser Regierung dient der Erhaltung der überlebten Wirtschaftsformen, der Festigung unhaltbarer Besitzverhältnisse, der Unterhöhlung der Volksrechte, der Stabilisierung der Klassenherrschaft der Besitzenden.

Mit anderen Worten: Diese Wirtschaftspolitik ist nur ein Glied in dem größeren Zusammenhang der staatspolitischen Pläne der Reichsregierung. Eben darin besteht ihre Gefahr. Denn diese Pläne sind bestimmt durch eine Auffassung von der sozialen Lebensordnung des Volkes, die in schroffem, feindlichem Gegensatz zu den sozialen Anschauungen, zu den staatspolitischen Zielen der deutschen Arbeiterbewegung, der Gewerkschaften, wie der Sozialdemokratie steht. Die Regierung findet nicht umsonst ihre Gefolgschaft bei den Anhängern des radikalen Rückschrittes, bei den Vorkämpfern des Obrigkeitsstaates, in jenen Kreisen, die mit der Hoffnung auf dauernde Erhaltung ihrer Besitzvorrechte den Willen verbinden, die Grundlagen des sozialen Volksstaates ganz zu zerstören und das freie Volk wieder unter die Botmäßigkeit volksfremder Gewalten zu stellen.

Die gegenwärtige Reichsregierung ist der Repräsentant dieser wahrhaft volksfeindlichen Kräfte. Wäre sie es nicht, sie wäre nicht auf den Gedanken gekommen, ihr Arbeitsbeschaffungsprogramm mit politischen Maßnahmen zu verkoppeln, die die Grundlagen des deutschen Arbeitsrechts erschüttern, das in Wahrheit das Freiheitsrecht der deutschen Arbeiterschaft ist, aus ihrem Geiste geboren und unter harten Opfern erkämpft. Dieses Freiheitsrecht ist das Wahrzeichen eines neuen Deutschlands, in dem die Arbeiterschaft, entsprechend ihrer geschichtlichen Leistung für das Volk, als gleichberechtigtes Glied im ganzen der Nation ihre erste Anerkennung fand. Eine Regierung, die dieses Recht angreift, ist ein Feind der Freiheit der deutschen Arbeiterschaft, sie gefährdet die innere Freiheit, das soziale Selbstbestimmungsrecht der werktätigen Schichten der Nation, sie ist eine Regierung wider das Volk.

Die deutsche Arbeiterschaft kann und wird der Regierung auf diesem Wege nicht folgen. Ihr staatspolitisches Ziel ist ein freies, ein sozialistisches Deutschland.

Die deutsche Arbeiterschaft wird daher den Kampf um die politische Macht mit ungebrochener Energie aufnehmen. Der Geist der unerbittlichen und folgerichtigen Gegnerschaft gegen den Kapitalismus, der die deutsche sozialistische Arbeiterbewegung beseelt, breitet sich aus bis weit hinein in die Reihen der Parteien und Verbände, die heute noch, verblendet von den Lehren falscher Propheten, politische Gegner der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie sind. Dieser Antikapitalismus von heute wird der Sozialismus von morgen sein, wenn die deutschen Arbeiter ihren alten Fahnen treu bleiben und ihre Millionen und aber Millionen Stimmen am 6. November wie in den kommenden Kämpfen geschlossen einsetzen, um den sozialen deutschen Volksstaat auf dem Freiheitswillen der deutschen Arbeiterschaft, auf der politischen Macht der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie aufzubauen.

Mitten im Verfassungskonflikt

Neue Angriffe gegen die Grundlagen der Verfassung — Das Volk hat die Entscheidung

Am Sonnabend wird eine Besprechung beim Reichspräsidenten stattfinden, an der Braun und Papen beteiligt sind; doch alle Anzeichen deuten darauf hin, daß das Reich nicht etwa verhandeln, sondern nur vorher vom Kabinett mit Zustimmung Hindenburgs gefaßte Beschlüsse zur Kenntnis bringen will. Beabsichtigt ist die Betrauung einer Reihe neu zu ernennender Reichsminister ohne Portefeuille mit der kommissarischen Leitung bestimmter preußischer Ministerien. Geplant soll weiter sein die Abschaffung oder Zusammenlegung verschiedener Ministerien.

Was die zuletzt erwähnte Maßregel betrifft, so kann ihre Rechtswidrigkeit von vornherein keinem Zweifel unterliegen. Sie würde einen mit dem Artikel 48 selbst bei weitestgehender Auslegung nicht zu begründenden Eingriff in die Hoheitsrechte des preußischen Staates bedeuten. Anders liegen die Dinge bei der Bestellung kommissarischer Landesminister. Die Reichsregierung ist in der Lage, sich auf den Spruch des Staatsgerichtshofes zu berufen.

Formal hält sich also das Kabinett Papen im Bereich der ihm zugestandenen Kompetenzen. Eine ganz andere Frage aber ist die, ob ein solches Vorgehen mit dem Sinn des Artikels 48 noch in Einklang zu bringen ist.

Nach Absatz 2 dieses Artikels, der in Leipzig allein als anwendbar anerkannt wurde ist die Voraussetzung eines diktatorischen Einschreitens die erhebliche Störung oder Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, und demzufolge können die Maßregeln, die getroffen werden, auch nur auf die Abwehr dieser Gefahren und Bedrohungen abgestellt sein.

Sicherheit und Ordnung sind in Preußen nicht mehr bedroht als in irgendeinem anderen Staate, und wenn sie es wären, so würden die Anordnungen der Reichsregierung die gebotenen Grenzen weit überschreiten. Aber man muß sich klar darüber sein, daß die Erhaltung von Sicherheit und Ordnung nur ein Vorwand ist. Der wahre Beweggrund ist der Wille, Preußen seiner Selbständigkeit zu berauben, Polizei und Verwaltung dem Reich und den von ihm eingesetzten und einzusetzenden konservativen Beamten zu überantworten und die verfassungsmäßige Landesregierung kaltzustellen.

Gewiß hat der Staatsgerichtshof dem Ermessen des Reichspräsidenten bei der Anwendung des Artikels 48 einen weiten Spielraum gewährt und es für unbewiesen erklärt, daß die Verordnung vom 20. Juli zu außerhalb des Artikels 48 Abs. 2 liegenden Zwecken erlassen sei. Aber dieser Standpunkt ist schlechterdings nicht aufrechtzuerhalten, wenn die Reichsregierung es ablehnt, sich mit dem verfassungsmäßigen Preußenkabinett über die Methoden der Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit zu verständigen. Denn schon dadurch beweist sie, daß sie ganz andere Ziele im Auge hat, und dieser Beweis wird verstärkt durch die Ernennung von Reichsministern zu Kommissaren.

Wir halten Herrn v. Papen nicht für verblendet genug, die unausbleiblichen Wirkungen seiner Politik nicht selber zu sehen. Er, der Ordnung und Sicherheit wahren zu wollen behauptet, muß wissen, daß sein Vorgehen die schwersten Beunruhigungen und Erschütterungen nach sich ziehen wird. Er muß die absolute Unhaltbarkeit des Zustandes erkennen, den er zu schaffen im Begriff ist. Dem Schritt, der jetzt getan werden soll, müssen — darüber ist sich der Reichskanzler sicher nicht im Zweifel — andere folgen und sie können, soweit die Reichsregierung in Betracht kommt, folgerichtig nur auf die Ergreifung der vollen Macht in Preußen gerichtet sein.

Jedenfalls stehen wir mitten in einem Verfassungskonflikt, demgegenüber der, den Bismarck vor siebzig Jahren in Preußen herbeiführte, an Bedeutung verblaßt. Man darf annehmen, daß in diesem Streit die süddeutschen Staaten nicht zu dem Reich halten. Aber die letzte Entscheidung liegt bei der Gesamtheit des deutschen Volkes. Es muß einen Reichstag wählen, der die Entschlossenheit besitzt, dem gegen die Grundlagen der Weimarer Verfassung gerichteten frevelhaften Spiel ein Ende zu machen, und es muß darüber hinaus bereit sein, die letzte Kraft einzusetzen zur Ueberwindung der Cliquen, die, gestützt auf die verlogene Konstruktion eines staatlichen Notstandsrechts, die Demokratie vernichten wollen. Die Führung in diesem Kampf hat die Arbeiterklasse zu übernehmen.

Rudolf Breitscheid.

Die Antwort Bayerns

Eigener Bericht des „Vorwärts"

München, 28. Oktober.

Die für Sonnabend angekündigte Teilverwirklichung einer Personalunion zwischen Reich und Preußen hat in Bayern außerordentliche Beunruhigung hervorgerufen. Nach Auffassung der bayerischen Regierung steht die Ernennung von Reichsministern ohne Portefeuille, die zugleich führende Stellungen in Preußen übernehmen sollen, in offenem Widerspruch zur Reichsverfassung.

In scharfer Polemik verurteilt die „Bayerische Volkspartei-Korrespondenz" das neue Experiment des Herrn von Papen, dem sie vorwirft, daß seine praktische Politik in schroffstem Widerspruch zu den von ihm verkündeten Grundsätzen einer konservativen Staatsführung stehe, weil er die politische Macht mit revolutionären Methoden über die Rechte setze. Wörtlich schreibt das offiziöse Organ der bayerischen Regierung:

„Wenn die Reichsregierung der Versuchung unterliegen sollte, Maßnahmen zu ergreifen, die diktatorisch in das grundsätzliche Verhältnis zwischen Reich und Ländern eingreifen, so müßte ihr in Bayern der schärfste Gegner entstehen.

Wir können es hier im Süden Deutschlands unter gar keinen Umständen zulassen, daß die Reichsverfassung auf diesem Weg entscheidend umgestaltet werde, daß man die Länder einfach für rechtlos erklärt und die Faktoren der Gesetzgebung glatt ausschaltet. Bayern kann nicht ruhig zusehen, daß im Norden Provisorien vorgenommen werden mit dem Hintergedanken, feste und bleibende Tatsachen zu schaffen.

Eine Behandlung der preußischen Frage ohne eine gleichzeitige Behandlung des Problems Preußen und außerpreußisches Deutschland wird gleichbedeutend mit einer Ausschaltung des deutschen Südens von der Gestaltung des Schicksals des Reiches. Der deutsche Süden muß sich ganz auf seine eigene Kraft besinnen und in der Stunde der Gefahr zu handeln wissen, nicht als ein Revolutionär gegen das Reich, sondern als ein Kämpfer für Recht und Gerechtigkeit in deutschen Landen."

Röhm redet!

Eine Provokation der anständigen Bevölkerung

Der „Angriff" zeigt für den kommenden Sonntag einen SA.-Aufmarsch an, der im Stadion Neukölln und im Gelände des Schlosses Schönholz stattfinden soll. Als Redner ist an erster Stelle angekündigt:

„Stabschef der SA., Pg. Ernst Röhm."

Es zeugt von einer nicht zu überbietenden Schamlosigkeit, daß die Nationalsozialisten wagen, diesen Mann noch öffentlich als Redner herauszustellen, dessen moralischer Zusammenbruch in den letzten Monaten geradezu katastrophale Dimensionen angenommen hat. Da sind zunächst die Briefe des Bolivianers Röhm in die europäische Heimat, mit ihrem beispiellosen lüsternen und schmutztriefenden Inhalt, mit ihren zynischen Vergleichen, wie sich in punkto der homosexuellen Appetitlichkeit weiße Leutnants, farbige Soldaten und die jungen Leute der ehemaligen Schwarzen Reichswehr für den Gaumen des Herrn Röhm zueinander verhalten.

Uns würde die geschlechtliche Sonderveranlagung des Herrn Röhm gänzlich gleichgültig sein, wenn nicht seine Partei das widerliche Heuchelspiel triebe, auf der einen Seite die Aufrechterhaltung, ja die Verschärfung des § 175 zu fordern, auf der anderen Seite aber diesen Mann an die Spitze einer Truppe von jugendlichen Leuten zu stellen.

Noch widerlicher als diese Briefe war das Verhalten des Herrn Röhm bei seiner Entlarvung. Zuerst ließ er in der nationalsozialistischen Presse dreist und gottesfürchtig seine Briefe als „Fälschungen" bezeichnen, drohte den Verbreitern mit einstweiligen Verfügungen und Strafklagen. Als Zeuge über die Echtheit der Briefe geladen, hat Röhm aber feige geknissen, er hat aber nicht verhindern können, daß der Münchener Untersuchungsrichter, der seinerzeit ein Ermittlungsverfahren auf Grund des § 175 gegen Röhm geführt hat, als Zeuge bekundete, daß ihm gegenüber Röhm die Echtheit der Briefe zugestanden hat. Daraufhin hat Röhm seine sämtlichen Klagen zurückgezogen.

Dies hätte genügt, um in jeder anständigen Partei einen Mann wie Röhm zu erledigen. Bei Röhm kam aber noch ein neuer Skandal hinzu. In einem Beleidigungsprozeß gegen den Redakteur unseres Münchener Bruderblattes hat der Hauptmann Mayr vom Reichsbanner unter Zeugeneid geschildert, wie Röhm schutz- und hilfeflehend zu ihm gekommen ist, weil er sich von der Tscheka des Braunen Hauses in seinem Leben bedroht fühlte. Herr Röhm, der zur gleichen Verhandlung als Zeuge geladen war, hat nach holder Gewohnheit auch hier geknissen und lieber 500 M. Ordnungsstrafe erlegt, als über diese peinliche Angelegenheit unter Eid auszusagen.

Wir können uns keine Partei außer der nationalsozialistischen vorstellen, in der dieser Mann nach seiner Entlarvung noch eine Rolle spielen könnte. Ob es nicht ein Teil der Berliner SA.-Leute selber als Schmach und Schande empfindet, vor einem solchen „Führer" am Sonntag strammstehen zu müssen und seine Reden über sich ergehen zu lassen?!

Wo wart ihr denn?

Ein Wort an die Kommunisten und die Nazis

Nationalsozialisten und Kommunisten schildern in beweglichen Worten das unzweifelhaft große Elend des arbeitenden Volkes in Deutschland. Sie rufen zum Kampf für die bedrohten Freiheiten und gewerkschaftlichen Errungenschaften.

Aber wo wart ihr, als sie errungen wurden? Ihr beide habt gegen die Weimarer Verfassung gestimmt — was geht sie euch an? Ihr habt gegen das Betriebsrätegesetz gestimmt. Ihr habt die Arbeitslosenversicherung abgelehnt. Habt ihr beide jetzt ein Recht darüber zu klagen, wenn sie abgebaut wird? Wenn es nach eurem Willen gegangen wäre, wäre sie überhaupt nicht da.

Wo wart ihr beide überhaupt für das deutsche Volk jemals da? Zeigt doch das Recht, das ihr dem deutschen Volke erkämpft habt! Legt doch die soziale Errungenschaft vor, die eurem Wirken entstammt! Wo wart ihr denn? Ihr wart nicht in den Mauselöchern. Aber ihr wart immer nur die Hunde, die gekläfft haben, gleichgültig, ob die Arbeiterbewegung vorwärts schritt oder zurückging. Ja gewiß, wir sind auch ausgewichen und zurückgegangen — oft genug —, wenn die Kampflage uns nicht günstig genug schien, die angebotene Entscheidungsschlacht anzunehmen.

Aber „die ganze Geschichte des Bolschewismus vor und nach der Oktoberrevolution ist voll von Fällen des Lavierens, Paktierens, der Kompromisse mit anderen Parteien, darunter auch mit den bürgerlichen", sagt das nicht euer großer Lenin auf Seite 49 seiner Broschüre „Der Radikalismus, eine Kinderkrankheit des Kommunismus"? Und hat er es nicht eben dort für die Pflicht des revolutionären Führers erklärt, gegebenenfalls auch zurückzuweichen oder im Zickzack zu marschieren?

Ihr Kommunisten und ihr Nationalsozialisten habt in eurer ganzen Parteigeschichte nicht die geringste positive Leistung für das deutsche Volk aufzuweisen.

Euer Stolz sind bestenfalls die Mitglieder und Wahlziffern, die ihr durch wüste Demagogie für eure Partei und Diktaturidee zusammengetrommelt habt. Aber erreicht habt ihr nur die Lahmlegung der Volksvertretung und die Diktatur einiger eingebildeter Barone. Die Habenseite eurer politischen Bilanz ist leer. Die Sollseite, das Schuldenkonto, übervoll. Fort mit euch!

Fahnen heraus!

Zeigt Bekennermut! Zeigt unsere Stärke!

Blum für Gleichberechtigung

Große Abrüstungsdebatte in Paris

Eigener Bericht des „Vorwärts"

Paris, 28. Oktober.

Die große Debatte über die französische Abrüstungspolitik wurde am Freitagnachmittag in der Kammer mit einer Rede des jungen Abgeordneten Chaisseigne von der Fraktion der Arbeitereinheit eingeleitet. Chaisseigne kritisierte die Abrüstungs- und die Außenpolitik der bisherigen Rechtsregierungen und erklärte, sie seien zum großen Teil verantwortlich für die Entwicklung des Nationalsozialismus und des Nationalismus in Deutschland. Aber auch die Regierung Herriot habe es an Mut fehlen lassen. Wenn sie am ersten Tage den Hoover-Plan angenommen hätte, dann wäre das für den Weltfrieden eine große Geste gewesen.

Als zweiter Interpellant sprach

Léon Blum,

dessen sehr diplomatisch formulierte Rede mit großer Aufmerksamkeit angehört und oft durch stürmischen Beifall der Linken unterbrochen wurde. Blum ging von der deutschen Gleichberechtigungsforderung aus und erklärte, die Sozialisten seien der Ansicht, daß diese Forderung im Prinzip berechtigt sei. Es handele sich dabei um ein politisches und moralisches Prinzip, aber nicht um ein juristisches. Er der Redner, betrachte einen Friedensvertrag nicht als einen Kontrakt, weil ihm die freie Zustimmung der einen Partei fehle. Aber ein großer Staat und gar eine Gruppe von Staaten

könnten nicht bis ins Unendliche der Ungleichheit unterworfen werden,

wie sie in dem Versailler Vertrag festgelegt sei. Diese Situation sei auch in dem Vertrag begrenzt worden, indem den anderen Staaten gleichfalls die Verpflichtung zur Abrüstung auferlegt worden sei. Daß diese Verpflichtung von Frankreich ernst genommen worden sei, beweise die Tatsache, daß einen Tag nach der Ratifizierung des Versailler Vertrages, nämlich am 3. Oktober 1919, die Kammer einstimmig einen Antrag Renaudel und Albert Thomas angenommen habe, in dem die Regierung aufgefordert worden sei, die sofortige Einberufung des Völkerbundes zu veranlassen und ihren Delegierten den Auftrag zu erteilen, dem Völkerbund alle Maßnahmen vorzuschlagen, die zu einer allgemeinen Abrüstung führen können. Selbst Clemenceau habe diesem Antrag zugestimmt, der am folgenden Tag auch vom Senat einstimmig angenommen worden sei.

Das Prinzip der Gleichheit sei also begründet. Andererseits würden es die Sozialisten nicht zulassen, daß die Forderung nach Gleichberechtigung die Wiederaufrüstung Deutschlands zur Folge habe. (Beifall links.)

Die Wiederaufrüstung sei nur durch ein einziges Mittel zu verhindern, durch die allgemeine Abrüstung, das heißt durch die Einhaltung der in Versailles übernommenen Verpflichtung mit dem Endziel, die Gleichheit in der Abrüstung zu sichern. Die Sozialisten verschlossen nicht die Augen vor den Fehlern, die von allen Staaten begangen worden sind und besonders von Frankreich. (Lärm rechts.) Die französische Regierung hätte der Reichsregierung viele Argumente für ihre Forderung gegeben, so zum Beispiel durch das Prinzip der Sicherheit. **Deutschland habe das gleiche Recht auf eine materielle Sicherheit wie alle anderen Staaten.** (Beifall links.)

Es scheine, daß die Forderungen der Sozialisten von der gegenwärtigen Regierung im großen und ganzen gebilligt werden. Die Gleichberechtigungsforderung Deutschlands sei vom Ministerpräsidenten in seiner Rede von Gramat anerkannt worden, auch die Wiederaufrüstung Deutschlands habe der Ministerpräsident abgelehnt, und die Regierung sehe die allgemeine Abrüstung als das Ziel ihrer Politik an. Darin bestehe auch Einigkeit mit England und Amerika. Was bleibe also zu tun übrig? Die Bestätigung dieser Einigkeit in dem neuen französischen Plan. Man habe fürchten können, daß die rechtzeitige Einbringung des Planes durch Einflüsse (Anspielung auf die Haltung des Generals Weygand) verhindert werde, von denen das republikanische Parlament nicht Kenntnis zu nehmen habe. (Großer Beifall auf der gesamten Linken.)

Herriot: Das ist nicht der Fall. Der Plan wird in Genf mitgeteilt werden. In der regelrechtesten Weise ist über ihn beraten worden. Jedes Mitglied der Studienkommission hat unter der Autorität des verantwortlichen Regierungschefs seine Meinung frei äußern können. Aber es hat keinen Konflikt gegeben. Jeder hat auf seinem Platz seine Pflicht erfüllt. (Beifall rechts und in der Mitte.)

Blum erklärte darauf, er habe nur seiner Angst Ausdruck geben wollen (Lärm rechts), aber Herriots Kenntnis. Der Wunsch der Sozialisten Einfachheit und seine Stärke den Erfolg der Abrüstungskonferenz sichert und daß er den begeisterten Beifall aller Völker findet. (Großer Beifall links.) Die Sozialisten wünschten, daß dieser Plan die Reichsregierung dazu zwinge, ihn zu billigen, oder daß er, falls die Reichsregierung ihre Zustimmung versage, die öffentliche Meinung der ganzen Welt gegen die Reaktion und das Feudalsystem in Deutschland zusammenschare. (Großer Beifall links.) Die Abrüstung sei aber nicht die einzige Bedingung für den Frieden. Sie müsse durch die Schiedsgerichtsbarkeit ergänzt werden. Man sage immer, es seien neue Sicherheitsargumente notwendig. So sei seit einigen Jahren ein wahrer Wettlauf um die Sicherheit im Gange. Für die Sozialisten sei aber der gegenwärtige Stand der Sicherheit Frankreichs, so wie er sich aus dem Völkerbundspakt, aus dem Locarno-Abkommen und dem Kellogg-Pakt ergebe, hinreichend.

Blum erklärte weiter, er glaube nicht, daß die Widerstandskraft der Demokratie in Deutschland völlig gebrochen sei. Man habe sich in Frankreich über das stabile Verhalten der Arbeiterklasse bei der Durchführung des Staatsstreichs in Preußen gewundert.

Die Führer der deutschen Sozialdemokratie hatten es aber nicht riskieren wollen, die Arbeiterklasse in einen Kampf gegen Reichswehr, Schupo und die Hitler-Armee zu hetzen. Er, Blum, beneide die Leute, die von ihrem ruhigen Posten aus die Haltung der deutschen Arbeiterschaft kritisieren. (Beifall links.)

Das Verhalten der Sozialdemokratie habe bereits das Ziel erreicht, daß Hitler nicht an die Macht gekommen sei. Bei den nächsten Wahlen werde man sehen, daß ihre Kraft intakt geblieben ist. Er stelle auch fest, daß

das Urteil des Leipziger Gerichts eine Rechtfertigung der Haltung der Sozialdemokratie ist.

Herriot beschwere sich oft darüber, er habe eine ernste und tragische Verantwortung zu tragen. Aber es müsse für ihn erhebend sein, daß das Schicksal des Friedens und Europas in seinen Händen liege. Das Volk erwarte von ihm, daß er sich seiner Verantwortung bewußt sei. Es werde nicht zulassen, daß es getäuscht werde und daß Herriot ihm untreu werde. (Großer Beifall links.)

Blum wurde beim Verlassen der Tribüne von zahlreichen Abgeordneten beglückwünscht.

AVE CAESAR...

Vor 10 Jahren trat der Faschismus seine Herrschaft an.

Herriots Vorschlag: Wehrpflicht für alle Staaten!

Nach einer Rede **Frankl'n Bouillons**, der die Ausführungen Blums zu widerlegen suchte und erklärte, daß Herriot ebensowenig wie Tardieu einen Abrüstungsplan vorzulegen berechtigt sei, weil Deutschland alle Militärbestimmungen des Versailler Vertrages verletzt habe und auch die neuen französischen Pläne nicht annehmen werde, bestritt

Herriot

unter dem Beifall der Linken die Tribüne. Der Ministerpräsident betonte zunächst wie in allen seinen Reden, daß Frankreich von allen Ländern bisher am meisten für die Abrüstung getan habe. Dann setzte er in seiner Antwortnote auf das deutsche Memorandum noch einmal auseinander, daß Deutschland im Grunde genommen nichts anderes als die Wiederaufrüstung verlange. Diese Forderung sei in dem deutschen Dokument in etwas dunkler und geheimnisvoller Form auseinandergesetzt. Aber aus den

Reden und Interviews des Generals von Schleicher,

sowie den Erklärungen, die die Reichsregierung anderen Regierungen gegeben habe, gehe hervor, daß Deutschland das Programm des Generals von Seeckt durchführen wolle. Dieses bestehe in der Schaffung von zwei Armeen. Die eine Armee soll eine Stoß- und Operationsarmee sein und sich aus Soldaten zusammensetzen, die eine sechsjährige Dienstzeit absolvieren. Sie soll mit den modernsten Waffen und Hilfsmitteln ausgerüstet sein. Die zweite Armee soll ein Milizheer sein, dessen Soldaten einen Dienst von drei Monaten versehen.

Was müsse Frankreich, fuhr Herriot fort, auf diesen deutlichen Wiederaufrüstungswillen Deutschlands antworten? Der erste Entschluß, zu dem der Selbsterhaltungstrieb rate, wäre die eigene Aufrüstung. Er könne diesen Standpunkt sehr gut verstehen, aber die Folge davon würde sein, daß Frankreich selbst die übernommenen Verpflichtungen verletzt und sich so aller Rechtsmittel beraubt. Er sei daher der Meinung, daß die französische Regierung trotz aller bisherigen Enttäuschungen und trotz aller Ungerechtigkeiten eine neue Anstrengung zugunsten der Organisation des Friedens machen müsse, damit Frankreich nicht, „wenn ein schwieriger Umstand eintreten sollte", als Störenfried hingestellt werden könnte. (Großer Beifall auf fast allen Bänken.) Dann würde Frankreich wie 1914 dastehen, wo es nicht nur durch den Heldenmut seiner Söhne, sondern auch durch seine wunderbare Unschuld und Reinheit gerettet worden ist.

Im Anschluß daran gab Herriot in großen Zügen

den neuen französischen Abrüstungsplan

bekannt, der auf der Internationale von Jaurès beruhte. Er sieht folgendermaßen aus:

1. die französische Regierung sei der Auffassung, daß man zunächst in Europa ein allgemeines System der Militärdienstpflicht einführen müsse unter der Bedingung, daß jedes Berufsheer, darunter auch die Reichswehr, verschwinde und daß die inneren Polizeistreitkräfte einer bestimmten Regelung unterworfen werden;

2. daß die internationale Kontrolle organisiert wird und daß sie in obligatorischer Weise das Investigationsrecht vorsieht;

3. daß zur Vervollständigung des Locarno-Abkommens ein regionaler Pakt für diese für gegenseitigen Beistand in der Weise abgeschlossen wird, daß jede europäische Nation daran teilnehmen kann und daß die vorgesehene kollektive Streitmacht genügend ist, um einen Angriff abzuschlagen. Diese Streitmacht muß eine erste Staffel von spezialisierten Nationalkontingenten umfassen, die sofort verfügbar sind und ein starkes Kriegsmaterial besitzen.

4. daß die Vereinigten Staaten die Sicherheitsgarantie gewähren, die sie selbst ins Auge gefaßt haben;

5. daß die Mitglieder des Völkerbundes sich verpflichten, alle Bestimmungen des Artikels 16 des Völkerbundpaktes zu erfüllen;

6. daß die Schiedsgerichtsbarkeit für alle dem Abkommen beitretenden Staaten obligatorisch ist."

Herriot schloß seine Rede mit den Worten: „Ich will hoffen, daß das Weltgewissen diesen neuen Ruf Frankreichs zugunsten des Friedens hören wird.

Die Kammer nahm die Mitteilungen Herriots über den neuen Plan, die etwas schnell vorgetragen wurden, ohne jede Reaktion auf. Die Kammer beschloß dann, die Beratungen in einer Nachtsitzung fortzusetzen.

*

Der neue französische Plan ist unbedingt eine Weltsensation und entspricht zweifellos in weitem Ausmaße dem Grundsatz der Gleichberechtigung, da alle Staaten, ob Sieger oder Besiegte, das gleiche Wehrsystem erhalten sollen, nämlich eine kurzfristige allgemeine Wehrpflicht.

Indessen ist der Plan an so viele Voraussetzungen gebunden, daß man noch nicht recht an seine Verwirklichung zu glauben vermag. Es erscheint z. B. ganz ausgeschlossen, daß z. B. England auf sein Berufsheer zugunsten der dort verpönten allgemeinen Wehrpflicht verzichten würde. Ebenso sieht man noch nicht, wie die Vereinigten Staaten sich auf irgendwelche neuen Sicherheitsgarantien zugunsten europäischer Staaten einlassen würde.

Was bedeutet ferner die Forderung neuer regionaler Verträge? Offenbar ein Ost-Locarno. Schließlich: Wird das faschistische Italien seine Miliz, die Sowjet-Union ihre OGPU. auflösen wollen?

Daß der französische Plan auch eine Fülle wichtigster Probleme innerpolitischer Art für Deutschland aufwirft, braucht gar nicht näher betont zu werden.

Lauter Fragen, die einer gründlichen Erörterung und Klärung bedürfen.

Die Barone haben es eilig!

Brüskierung der Preußenregierung — Auflösung des Wohlfahrtsministeriums

Das preußische Staatsministerium ist unter Vorsitz des Reichskommissars für Preußen, des Reichskanzlers von Papen, am Freitagabend um 11 Uhr zu einer Nachtsitzung zusammengetreten, um abschließend die Verwaltungsreform in Preußen zu beraten. Die genannte Verwaltungsreform hat zum Ziele, alle ressortmäßige Doppelarbeit zu vermeiden und die Aufgabenbereiche zu vereinfachen.

Es handelt sich dabei um eine Vereinigung der Ressortfragen sämtlicher preußischer Ministerien, in deren Zuge das Wohlfahrtsministerium in der bekannten beabsichtigten Weise aufgelöst werden soll.

Die Aufgaben des Wohlfahrtsministeriums werden von anderen Ministerien übernommen werden. So plant man seine Abteilung I (Medizinalsachen) dem Preußischen Kultusministerium zu übertragen. Seine Abteilung II (Wohnungs- und Siedlungswesen) soll in der Hauptsache, da es sich hier vorwiegend um Kredit- und Zuschußfragen handelt, an das Preußische Finanzministerium übergehen. Die Abteilung III (Wohlfahrtspflege) wird voraussichtlich vom Preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe übernommen.

Dies Ministerium, das stark verkleinert werden soll, wird dann nach den bisherigen Plänen umgetauft werden zu einem Ministerium für Wirtschaft und Arbeit.

Das preußische Landwirtschaftsministerium soll seine Veterinärabteilung an das preußische Innenministerium abgeben. Die ursprünglich geplante Uebergabe der preußischen Gestütsverwaltung an das Reichswehrministerium kann nach dem Leipziger Urteil nicht durchgeführt werden, da sie preußische Hoheitsrechte verletzen würde.

Es handelt sich, wie gesagt, zunächst noch um Pläne. Man rechnet aber noch für diese Nacht mit endgültigen Beschlüssen, die auch alsbald zur Ausführung kommen dürften.

Stimmung auf alle Fälle

Die Kontingentierung soll durchgeführt werden

Entgegen anderslautenden Nachrichten erfährt WTB.-Handelsdienst, daß die Regelung der Einfuhrkontingentierung landwirtschaftlicher Erzeugnisse in allernächster Zeit durchgeführt werden wird. Sie wird alle Erzeugnisse umfassen, die der Reichsernährungsminister in seiner Münchener Rede bekanntgegeben hat. Nach Rückkehr der zur Zeit in Kopenhagen verhandelnden Kommission und nach beschleunigter Klärung einiger rein technischen Fragen wird die Verordnung über die Kontingentierung veröffentlicht werden.

Für Stimmung wird auf alle Fälle gesorgt.

In Papens Auftrag? Nach einer Meldung des „Völkischen Beobachters" erschienen am Donnerstag bei der Reichspropagandaleitung der NSDAP. und beim Zentralparteiverlag fünf Kriminalbeamte. Die Beamten hätten angegeben, im Auftrage des Reichskanzlers von Papen die vorhandenen Exemplare einer nur für die Redner der NSDAP. bestimmten Schrift **„Reichskanzler von Papen im Lichte seiner Politik"** beschlagnahmen zu müssen.

Staatstheater

Hauptmann: Gabriel Schillings Flucht

Elisabeth Bergner und Werner Krauß als große Attraktion und Träger des kompliziertesten Seelendramas. Sie wollten eine mühselige und sehr verästelte Psychologie in blendendes Theater verwandeln und brachten das wirre Trauerspiel noch mehr in Verwirrung. M. H.

er nehme mit Genugtuung von den Erklärungen sei es, daß der französische Plan durch seine

Betrüger KPD. entlarvt sich

Reformismus und Nationalismus als Maskenspiel

Die Beseitigung des „Wohlfahrtsstaats" durch die Regierung der Nazibarone, der Abbau der Sozialgesetzgebung, die durch die Sozialdemokratische Partei und die freien Gewerkschaften erkämpft worden ist, haben es allen Arbeitern, Angestellten und Beamten, den Arbeitslosen wie denen, die noch in Arbeit stehen, klar vor Augen geführt, welche Bedeutung es hat, ob die Sozialdemokratische Partei im Reichstag eine starke und einflußreiche Machtstellung hat oder ob ihr Einfluß gelähmt wird durch die antiparlamentarischen und antidemokratischen Radaupolitiker von der KPD. und der NSDAP. Der gesamten Arbeiterschaft ist es klar, daß es

unter der Regierung Hermann Müller

um die Rechte und die Lebenshaltung der Arbeiterklasse ganz anders bestellt war als zu einer Zeit, wo Kommunisten und Nationalsozialisten im Reichstag die Mehrheit hatten und der Einfluß der Sozialdemokraten ausgeschaltet war. Diese Erkenntnis, die unter den breiten Arbeiterschichten sich Bahn gebrochen hat, veranlaßt nun die Kommunistische Partei, sich als die „wahre reformistische Partei" hinzustellen, die immer für Sozialreformen gekämpft habe.

Wir stellen demgegenüber nochmals ausdrücklich fest, daß die Kommunisten nicht nur gegen das Arbeitslosenversicherungsgesetz gestimmt haben. In der Schlußabstimmung am 7. Juli 1927 über das Arbeitslosenversicherungsgesetz hat der Abg. Rädel im Namen der kommunistischen Reichstagsfraktion wörtlich erklärt, daß diese

grundsätzlich gegen dieses Gesetz ist...

Die kommunistische Fraktion lehnt dieses Gesetz, das ein Stück der reaktionären Bürgerblockpolitik ist, ab." Die Kommunisten haben aber auch gegen die Krisenfürsorge gestimmt. In ihrem Namen erklärte Frau Arendsee am 13. November 1926, daß die Kommunisten gegen die Krisenfürsorge stimmen werden.

Die Kommunisten haben gegen das Kündigungsschutzgesetz für ältere Angestellte gestimmt, das auf Antrag der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion im Sommer 1926 beschlossen worden ist. Sie waren sich auch hierin durchaus

einig mit der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände.

Die Kommunisten haben auch gegen das Arbeitsgerichtsgesetz gestimmt. In ihrem Namen erklärte der kommunistische Abgeordnete Bartz am 11. Dezember 1926, „daß dieses Gesetz keine Reform, am allerwenigsten eine soziale Reform darstellt".

Es hieße Wasser ins Meer tragen, wollte man im einzelnen aufzeigen, wie die Kommunistische Partei Deutschlands bei allen wichtigen sozialen Reformen der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften in den Rücken gefallen ist und als „Verrat an der Arbeiterklasse" anzuprangern versuchte, was sie heute für sich in Anspruch nimmt. Genau so verhielt sich die Kommunistische Partei bei allen großen Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit.

Immer wenn die Gewerkschaften die Arbeiterschaft zum Kampf gegen das Unternehmertum führten, hat die KPD. versucht, Spaltung und Uneinigkeit in die Reihen der Arbeiterschaft zu tragen.

Sie hat sich nicht gescheut und scheut sich auch heute nicht, die Vorkämpfer und Vertrauensmänner der Arbeiterschaft mit den gemeinsten Verleumdungen zu überschütten. Und nun versucht sie ihre Position durch die ungeheure Lüge zu retten, als sei sie es gewesen, die die sozialen Reformen in Deutschland durchgesetzt habe. Dabei schlägt sie ihrer Taktik selbst ins Gesicht, indem sie die sozialen Reformen zu entwerten versucht. So behauptet die „Rote Fahne" u. a. in ihrer Freitagnummer, daß unter der Arbeitslosenfürsorge — die ja schließlich auch erst durch die Sozialdemokratie durchgeführt worden ist — die Unterstützungssätze und die Rechte der Arbeitslosen höher gewesen seien als unter dem Arbeitslosenversicherungsgesetz, so wie es im Jahre 1927 beschlossen worden ist. Um dieses zu beweisen,

lügt die „Rote Fahne" das Blaue vom Himmel herunter.

Sie behauptet, daß vor Einführung der Erwerbslosenversicherung in der Arbeitslosenfürsorge der Unterstützungssatz für Alleinstehende in Berlin 9,10 bis 11,40 Mark die Woche betragen habe. Tatsächlich betrug er für Arbeitslose unter 21 Jahren 4,70 bis 7,15 Mark, für solche über 21 Jahre 7,70 bis 12,60 Mark.

Genau so gibt sie falsche Zahlen über die Unterstützungssätze für Verheiratete an. Mit diesem Schwindel begnügt sie sich nicht. Sie führt angebliche „Tatsachen" an und behauptet u. a., daß die sozialdemokratische Fraktion am 24. und 30. Januar 1929 gegen die Beratung der kommunistischen Anträge (welche?) gestimmt habe, um am 1. Februar einen eigenen Antrag einzubringen, in dem sie

die Ausdehnung der Krisenunterstützung auf alle Berufe und die Ausdehnung der Unterstützungsdauer auf 52 Wochen

gefordert habe. Als in der Sitzung am 5. Februar das Zentrum habe erklären lassen, es werde für den sozialdemokratischen Antrag stimmen, habe unser Genosse Aufhäuser den Antrag zurückgezogen. Die sozialdemokratische Fraktion hätte diesen Antrag nur gestellt, weil sie gehofft habe, er würde abgelehnt werden.

Alle diese „Tatsachen" sind aus den Fingern gesogen. Tatsächlich ist der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion am 8. Februar vom 9. Ausschuß des Reichstags dem Plenum unterbreitet und von diesem angenommen worden.

Auch die Kommunisten haben für den sozialdemokratischen Antrag gestimmt,

und nur die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei stimmten dagegen. Um ihren gemeinen Schwindel mit einem „theoretischen" Mäntelchen zu verhüllen, gräbt die „Rote Fahne" Diskussionen aus, die innerhalb der Sozialdemokratischen Partei vor 30 und 40 Jahren über die einzuschlagende Taktik stattgefunden haben. Natürlich ist auch diese Darstellung falsch, denn die jungen Leute, die in der „Roten Fahne" beauftragt werden, die Sozialdemokratische Partei und die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung mit Schmutz zu bewerfen, haben ja keine Ahnung von der Geschichte der Sozialdemokratie. Aber wenn es wahr wäre, was man dort zu beweisen versucht, daß die ganze sozialreformerische Tätigkeit der Sozialdemokratie auf Abwege führt, warum denn jetzt dieses krankhafte Bemühen, sich als die einzig wahre sozialreformerische Partei hinzustellen?

Einheitsfront

Donnerstag war im großen Saal des P. D. C., Rosenthaler Straße 36, eine Versammlung der im Aschinger-Konzern Beschäftigten. Am Eingang ließ die KPD. Flugblätter verteilen, in denen zur Bildung eines „Einheits-Kampfausschusses" für die kommenden Lohnkämpfe aufgefordert wurde.

Schneider vom Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten berichtete über die Lohnverhandlungen und ließ keinen Zweifel darüber, daß der Verband die Interessen der weiblichen und männlichen Kollegen mit allen gewerkschaftlichen Mitteln verfechten wird. Er geißelte das Verhalten der Kommunisten und ihrer RGO., die durch ihre sektiererischen Bestrebungen Zersplitterung in die Reihen der Kollegen trägt und die Stoßkraft der Gewerkschaften lähmen will.

Das politische Referat hielt Genosse Max Brinitzer. Die Störungsversuche der Kommunisten, die zu ihrer Unterstützung einige Betriebsfremde mitgebracht hatten, wies er mit aller Schärfe zurück. Er geißelte die sozial-verräterische Taktik der RGO. in den wirtschaftlichen Kämpfen und das Verhalten der KPD.-Fraktionen im Reichstag und Landtag, die durch ihre Treibereien der Reaktion Wasser auf die Mühlen leiten.

Groß von der RGO. konnte seine halbstündige Redezeit kaum voll ausnutzen und vermochte nicht, die Versammlung zu erwärmen. Im Schlußwort unserer Referenten wurden seine Angriffe glatt widerlegt. Der Appell des Genossen Brinitzer an die Anwesenden, am 6. November ihre proletarische Pflicht zu tun und der Liste 2 ihre Stimme zu geben, fand stürmische Zustimmung.

Vor einer Wende?

Eigener Bericht des „Vorwärts"

New York, 28. Oktober.

Die amerikanische Arbeitslosigkeit ist in letzter Zeit um 560000 auf 11 Millionen zurückgegangen und hat damit den Stand des letzten Frühjahrs erreicht. In Gewerkschaftskreisen hegt man die Hoffnung, daß die Arbeitslosigkeit weiter abnimmt. Immerhin sind Rückschläge in dem bevorstehenden Winter nicht ausgeschlossen.

RGO.-Durchfall

Bei den Tabakarbeitern

Am 27. Oktober wurde die Urwahl zum Verbandstag in der Berliner Zahlstelle vorgenommen. Die RGO. war schon in der Mitgliederversammlung am 5. Oktober mit ihrer Vorschlagsliste durchgefallen. Sie forderte deshalb auf, bei der Wahl die „reformistischen" Kandidaten zu streichen und die Namen der Oppositionskandidaten zu vermerken.

Ergebnis: fünf ungültige Stimmzettel. Selbst in dem Wahllokal, in dem die Kandidaten der kommunistischen „Opposition", Schörding und Eckert, ihre Stimmzettel abgaben, trug von den vier ungültigen Stimmzetteln keiner die Namen dieser Spitzenkandidaten der „Opposition". Gewählt wurden die Genossen Neckes und Lutzmann.

Erfolgreicher Widerstand

Der Abwehrkampf der Glasarbeiter bei der Firma H. Heye, Glasmanufaktur in Roßwein (Sa.) gegen Anwendung des § 1 der Papen-Notverordnung ist durch einiges und geschlossenes Handeln der Belegschaft nach kurzer Dauer erfolgreich beendet worden. Die Firma hat ihren Aushang zur Durchführung der Notverordnung unter Protest zurückgezogen. Die Belegschaft wird restlos wieder eingestellt. Das Arbeitsverhältnis gilt nicht als unterbrochen.

Hierzu 2 Beilagen

Der „Vorwärts" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal. Illustrierte Sonntagsbeilage „Volk und Zeit". / Bezugspreise: Wöchentlich 75 Pf., monatlich 3,25 M. (davon 87 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im voraus zahlbar. Postbezug 3,97 M. einschließlich 60 Pf. Postzeitungs- und 72 Pf. Postbestellgebühren. Auslandsabonnement 5,65 M. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Drucksachenporto 4,85 M. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt besteht kein Anspruch der Abonnenten auf Ersatz. / Anzeigenpreise: Die einspaltige Millimeterzeile 30 Pf., Reklamezeile 1,50 M. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Rabatt laut Tarif. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Millimeterzeile 25 Pf. Familienanzeigen Millimeterzeile 16 Pf. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft, Lindenstr. 3, wochentäglich von 8½ bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmer Anzeigen vor. / Verantwortlich für Politik: **Richard Schwarz**; Wirtschaft: **G. Klingelhöfer**; Gewerkschaftsbewegung: **J. Steiner**; Feuilleton: **Herbert Lepke**; Lokales und Sonstiges: **Fritz Karstädt**; Anzeigen: **Otto Hengst**; sämtlich in Berlin. / Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3.

Agfa-Travis
Kunstseide, mit Baumwolle, ca. 90 cm breit, feines weiches Gewebe, in zarten Farben, für feine Damen-Wäsche geeignet ..... Meter **68 Pf.**

Wohlfeile Wochen!
Verkauf soweit Vorrat — Mengenabgabe vorbehalten

Filz-Kappen für Damen, verschiedene moderne Formen, gute Qualität Stück **1,00**

Rippensamt moderne Druckmuster, Meter **0,65**
Crêpe Perlé reine Wolle, in vielen Farb., Mtr. **0,95**
Damen-Strümpfe künstliche Waschseide, gute Qualität ..... Paar **0,88**
Damen-Hemden Wäschestoff, mit guter Stickerei Stück **0,68**
Damen-Schlüpfer Kunstseide, schwere Qualität, oder angerauht ..... Stück **0,95**
Mod. Oberhemden für Herren, mit 1 Kragen, gefütterte Brust ..... Stück **2,25**
Selbstbinder moderne Dessine ..... Stück 0,85, **0,38**
Mod. Abendtaschen Derbyform, schwarz Crêpe marocain Stück **1,75**
Kamelhaar-Kragenschuhe hervorragende Qualität, aus reiner Wolle u. Kamelhaar, mit Filz- und Ledersohle, Paar **1,85**
Handschuhe für Damen, Nappa-Stepper, 2 Druckkn., ohne Futter, Paar **2,35**

Unsere SPIELWAREN-AUSSTELLUNGEN sind eröffnet

Leipziger Strasse Hurra, hurra, Kasperle ist wieder da
Alexanderplatz: Im Spielzeugland
Belle-Alliance-Strasse Eisenbahnen und Schiffe
Wilmersdorfer Strasse Im Schlaraffenland

HERMANN TIETZ

Frankfurter Allee: Unsere Märchen
Brunnenstrasse Der Wolf und die sieben Geisslein
Andreasstrasse Was Grossvater seinen Enkeln erzählt
Chausseestrasse: Till Eulenspiegel
Kottbuser Damm: Däumeling

Das Krankenhaus der Polizei

Neubau in der Scharnhorststraße — Ein Werk sozialdemokratischer Aufbauarbeit

Die Berliner Schutzpolizei hat in der Scharnhorststraße ein eigenes großes Krankenhaus, in dem alle erkrankten oder im Dienst verletzten oder verunglückten Polizeibeamten behandelt werden. Schon lange entsprach dieses Krankenhaus, das in den Räumen des früheren Garnisonlazaretts I untergebracht ist, nicht mehr modernsten Anforderungen, und so ist in zwanzigmonatiger ununterbrochener Arbeit ein mit allen Neuerungen der Zeit ausgestatteter Anbau entstanden. 130 Betten hat man durch diesen Neubau gewonnen.

Als das alte Garnisonlazarett, das eigentlich schon 1914 der Spitzhacke zum Opfer fallen sollte, im Jahre 1921 von der damaligen „Sipo" als Polizeikrankenhaus übernommen wurde, glich das kasernenartige, in der Mitte des vorigen Jahrhunderts errichtete Gebäude einer Ruine. Es bedurfte umfangreicher Modernisierungen und Umbauten, soweit die damaligen finanziellen Verhältnisse es gestatteten, um das Gebäude seinem neuen Zweck zuführen zu können. Die völlige Umgestaltung unserer Polizei nach dem Kriege verlangte gebieterisch ein Polizeikrankenhaus, und die Führung der Polizei, an ihrer Spitze sozialdemokratische Minister und Polizeipräsidenten, förderten den Plan in ganz hervorragender Weise. In jahrelanger zäher Arbeit wurde hier ein Werk geschaffen, auf das die Berliner Polizei heute stolz sein kann.

Inmitten eines alten Gartens mit prächtigem Baumbestand erhebt sich der U-förmige Krankenhauskomplex. Leider konnte man den kasernenmäßigen Eindruck, den das ganze Gebäude aushaucht, nicht verwischen, aber dafür hat man durch kürzliche Umbauten im Innern des Hauses alles getan, um den Patienten den Krankenhausaufenthalt so angenehm wie möglich zu gestalten. Dazu gehörte ein großartiger Ausbau mehrerer großer Operationssäle und eine durchgreifende Renovierung der Krankenzimmer.

Frische Luft herein!

Vor wenigen Tagen haben Handwerker den letzten Hammerschlag und Pinselstrich in dem Anbau, der als Nordflügel bezeichnet wird, getan. Erst hier wird dem Besucher der gewaltige Unterschied zwischen dem alten Gebäude, aus dem Moderluft einer vergangenen Epoche aufsteigt, und dem neuen modernen Anbau klar. Dort enge und dunkle Zimmer, lange, unfreundliche Korridore, und im Neubau, der einem modernen Sanatorium gleicht, große und helle freundliche Zimmer, lichtdurchflutet und mit Balkons für die Patienten. Alles atmet hier den Geist des Fortschritts! **Auch hier ein Erfolg sozialdemokratischer Aufbauarbeit!** Als besondere Neuerung hat man in allen drei Etagen Tagesräume für die Patienten geschaffen. Fahrbare Betten bieten die Möglichkeit, die kranken Beamten bei schönem Wetter direkt vom Zimmer auf den Balkon zu schieben. Sämtliche Schwachstromeinrichtungen, Lichtsuchanlagen, Radioanschlüsse, Nachtnotbeleuchtungen, Summer und Rufanlagen sind nach den neuesten Erfahrungen eingebaut worden.

Die Bedeutung des Polizeikrankenhauses geht weit über die normalen Funktionen ähnlicher Einrichtungen hinaus. Mit an erster Stelle steht die Gutachtertätigkeit für alle Dinge der Unfallmedizin. Es ist zugleich eine Ausbildungsstätte der Polizeiärzte, deren Zahl in Preußen zur Zeit 120 beträgt.

Daneben besteht eine Sanitätsschule, in der die Polizeisanitäter Kurse und Fortbildungskurse nehmen. Weiter ist als ein äußerst wichtiger „Betrieb" die im Polizeikrankenhaus untergebrachte „Tabletten- und Salbenfabrik" anzusehen. Sämtliche Medizinen, Arzneien, Präparate usw. werden in dieser „Pillendreherwerkstätte" angefertigt, und der Erfolg ist, daß der preußische Staat jährlich Hunderttausende von Mark erspart.

Polizeikrankenhaus „international".

Mit dem Aufblühen des Polizeikrankenhauses wuchs automatisch sein Aufgabenkreis. Früher wurden nur Berliner Beamte aufgenommen und behandelt, jetzt werden auch kranke Patienten aus der Provinz, die sogenannten „Ausländer", mit chronischen Krankheiten nach Berlin übergeführt und in der Scharnhorststraße zweckentsprechend behandelt. Allein in Berlin hat das Krankenhaus 18 000 Beamte zu betreuen, und man bekommt erst einen Begriff von seiner nicht mehr anzuzweifelnden Notwendigkeit, wenn man erfährt, daß nur im letzten Jahre im Zahnambulatorium 16 000 Patienten behandelt wurden. Da die Polizei natürlich nicht in allen Städten über eigene Krankenhäuser verfügt, sind verschiedentlich mit örtlichen Krankenanstalten Verträge abgeschlossen worden. Daneben verfügt die preußische Polizei aber über vier Kuranstalten, die den Hütern der Ordnung Heilung und Gesundung bringen sollen.

Zum Schluß bliebe noch zu erwähnen, daß sich im Polizeikrankenhaus noch eine besonders gesicherte Abteilung für schwerkranke oder verletzte Polizeigefangene befindet.

Das älteste Haus

Das Haus Petristraße 15, das als Berlins ältestes Wohngebäude gilt, bleibt erhalten. Das Kultusministerium und die städtische Verwaltung haben sich entschlossen, die Kosten für unerläßliche Reparaturen zu übernehmen. Was das Gebäude aus historischen und heimatkundlichen Gründen besonders erhaltenswert macht, ist der im Innern des Hofes befindliche Laubengang und die sehr interessante Dachkonstruktion.

Mörder Fahrdamm

Zwei folgenschwere Unfälle

Im Berliner Straßenverkehr ereigneten sich gestern mehrere folgenschwere Unfälle, die zwei Todesopfer forderten.

Beim Ueberschreiten des Fahrdammes Unter den Linden 50 geriet die 33jährige Wirtschafterin Gertrud Schönemayer aus der Weberstr. 48 im Osten Berlins unter die Räder eines Autobus der Linie 2. Das schwere Fahrzeug ging so unglücklich über die Frau hinweg, daß der Tod auf der Stelle eintrat. Die Leiche wurde beschlagnahmt. Ein weiteres schweres Unglück trug sich vor dem Hause Ritterstraße 53 zu. Dort wurden zwei Männer, die nach Zeugenaussagen etwas angeheitert waren und unvorsichtig den Fahrdamm überquerten, von einem Lieferauto erfaßt und überfahren. Die Verunglückten, der 47 Jahre alte Gustav Wendegas aus der Prinzenstraße 95 und der 58jährige Adolf Willmann aus der Simeonstraße 30 wurden durch die alarmierte Feuerwehr ins Urbankrankenhaus gebracht. Dort ist Wendegas bald nach seiner Einlieferung gestorben. Willmann liegt mit Bein- und Beckenbrüchen bedenklich danieder.

Todesurteil in Hannover

Der Arbeiter Buchheim aus Rinteln wurde in Hannover wegen Mordes zum Tode und wegen Sittlichkeitsverbrechens zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. Buchheim hatte im April dieses Jahres die zehnjährige Schülerin Hartmann nach einem Sittlichkeitsverbrechen ermordet und die Leiche im Walde verscharrt.

Zentralhalle in Neukölln

In der Bergstraße 89/90 wurde eine neue Markthalle eröffnet. Auf dem Grundstück des Karstadt-Hauses gelegen, genießt die neue Markthalle hieraus allerlei Annehmlichkeiten. Da sind großangelegte, mit allen Errungenschaften der Neuzeit versehene Kühlanlagen, große Lagerräume, getrennt nach Warengattungen, und schließlich das eigene Bahngleis, das durch Weiterleitung ebenfalls der neuen Markthalle zugute kommt. Auf diese Weise hat die Zentralmarkthalle Neukölln ihre Neuanlage gut ausbauen können. Da ist erst einmal die große Detailverkaufshalle mit 182 Ständen mit einem Flächenausmaß von 2000 Quadratmeter und daneben die Engroshalle für Grünkram aller Art, noch einmal im gleichen Flächenausmaß. Der Engroseinkauf im eigenen Hause bringt dem Händler Zeit- und Geldersparnis und ermöglicht es ihm auf diese Weise, seine Ware ganz besonders preiswert an den Kunden weiterzugeben. Nach der Baudevise von heute: Licht, Luft und Sonne wurde auch hier verfahren. Die Stände liegen übersichtlich und nicht zu knapp nebeneinander, breite Gänge ermöglichen dem Publikum eine bequeme Wahlpromenade zwischen all den ausgelegten Waren. Ein gläsernes Schutzdach bietet Schutz gegen Witterungseinflüsse, Ent- und Belüftungsanlagen sorgen für genügende Lufterneuerung. Man kann hier alles erstehen, von der Kartoffel bis zum Pullover. Außerdem bedeutet eine zentralisierte Lichtanlage für den einzelnen Händler Ersparnis an Zählermiete und Beleuchtungskosten.

Zugkatastrophe!

Neunzig Tote und Verwundete

Schanghai, 28. Oktober.

Der Schnellzug Nanking—Schanghai ist heute bei Souchon entgleist. Der Zugführer hatte die Haltesignale, die Rottenbauarbeiten anzeigten, übersehen. Die Zahl der Toten und Verwundeten wird auf etwa 90 geschätzt.

*

Das „Kölner Tageblatt" veröffentlicht in seiner Abendausgabe vom Freitag den Brief des Chefchemikers einer Moskauer Fabrik, einem gebürtigen Kölner, in dem dieser von einem schweren Eisenbahnunglück berichtet, das sich am Sonntag vor acht Tagen bei Moskau zugetragen haben soll. Dem Brief nach soll die Anzahl der Toten etwa 100, die der Verletzten fast 300 betragen. Das „Kölner Tageblatt" knüpft daran die Bemerkung, daß das Unglück von der GPU. verheimlicht worden sei.

Die verbotene Schule

Landtagsfraktion greift ein

Die Körperkulturschule Adolf Koch teilt uns mit:

Gestern wurde im Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung die Leitung der Körperkulturschule Adolf Koch — Dr. med. Hans Graaz und Adolf Koch — sowie der Reichstagsabgeordnete Franz Künstler und Dr. jur. Abraham empfangen. Im Auftrage des Kultusministers führte Ministerialdirektor Dr. von Rottenburg die Verhandlungen.

Die gegenseitigen Aussprachen konnten eine Klärung über die Grundlagen, die zu dem Verbot der Schule geführt haben, nicht bringen. Die Körperkulturschule Adolf Koch wird daher in einer Denkschrift ausführlich die unterrichtlichen, hygienischen und sozialen Grundlagen der Schule begründen. Die Verhandlungen sollen nach Einreichung der Denkschrift fortgesetzt werden. Eine Zurücknahme oder zeitweilige Aussetzung des Verbotes der Körperkulturschule Adolf Koch ist bisher nicht erfolgt.

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion wird im Preußischen Landtag einen Urantrag auf Aufhebung des Verbotes der Körperkulturschule Adolf Koch einbringen, der von allen republikanischen Verbänden und Parteien unterstützt werden dürfte.

Hintze vor dem Staatsanwalt

Der frühere Bankier Walter Hintze wurde gestern aus dem Untersuchungsgefängnis zum erstenmal dem Staatsanwalt beim Landgericht III vorgeführt, um über das von ihm verübte Attentat

Wo man wählt, verlangt man „Saba"

So viele Marken Sie auch probieren mögen, Sie werden schließlich doch die eine wählen: „Saba ohne".

Ihre stets gleichmäßige Qualität und Frische macht sie zur Dauermarke jedes Kenners.

auf seine Ehefrau, die Sängerin Gertrud Bindernagel, verhört zu werden. Hintze machte jetzt wieder neue Angaben über seine Personalien, diesmal behauptete er, Leutnant der Reserve gewesen und zum Oberleutnant der Landwehr befördert worden zu sein. Die Angabe, daß er Hauptmann sei, hält er also nicht mehr aufrecht. Die Staatsanwaltschaft wird wahrscheinlich von einer eingehenden Vernehmung Abstand nehmen und bereits in den nächsten Tagen den Antrag stellen, gegen Hintze die Voruntersuchung zu eröffnen, damit der Sachverhalt gründlich geklärt und die Motive der Tat genau untersucht werden können.

Kriegsgericht wegen ‚Niobe'

Verhandlung gegen Kommandanten

Kiel, 28. Oktober.

Hier wird bekannt, daß der Untergang der „Niobe" vor das Kriegsgericht kommen wird. Die Verhandlung gegen den Kommandanten des Segelschulschiffes, Kapitänleutnant Ruhfus, soll vor dem Gericht der Aufklärungsstreitkräfte in Kiel stattfinden. Der genaue Termin der Verhandlung stehe noch nicht fest, da sich der Gerichtsherr, Konteradmiral Kolbe, zur Zeit mit der „Königsberg" in See befindet.

Zur Wirtschaftslage

Konsumvereine im September

Die Verbraucher sind hinsichtlich ihrer Kaufkraft gegenwärtig so ausgepumpt und zugleich mit den Konsumvereinen noch so eng verbunden, daß sich jede leichte Beschäftigungsvermehrung sofort auch bei den Konsumvereinen äußert. So zeigt der September, der bekanntlich einige zehntausend Mehreinstellungen gebracht hat, je Verkaufstag beim Zentralverband Deutscher Konsumvereine eine leichte Umsatzerhöhung. Der Gesamtumsatz ist zwar gegenüber dem Monat August von 46,79 auf 45,63 Millionen und der Umsatz je Mitglied von 22,01 auf 21,63 Mark gesunken; eine leichte Umsatzsteigerung liegt aber dennoch vor, weil der September statistisch einen Verkaufstag weniger zählte als der August. Auch im Vergleich zum vorigen Jahre ist die Lage eine Kleinigkeit besser. Der Rückgang gegenüber dem September vorigen Jahres beträgt 27,1 Proz., während er im August dieses Jahres gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres noch 27,7 Proz. ausmachte.

Der Schweigsame

In die Anstalt gebracht

Das Geheimnis um den rätselhaften Passagier des Nachtzuges Wiesbaden—Berlin ist noch immer nicht geklärt. Der Mann, der bis gestern noch im Krankenhaus am Friedrichshain lag, verweigerte gestern früh die Nahrungsaufnahme und sprach kein Wort mehr. Die Aerzte sowohl als auch die Beamten der Kriminalpolizei entschlossen sich nunmehr, den sonderbaren Mann zwecks Untersuchung seines Geisteszustandes in die Irrenanstalt Herzberge bringen zu lassen. Aus dem Gebaren des Mannes scheint hervorzugehen, daß er sich einen bestimmten Plan zurechtgelegt hat. Es wurde u. a. festgestellt, daß er selbst aus dem Schweißleder seines Hutes die Buchstaben eines Monogramms entfernt hatte. Durch die Vernichtung seiner Papiere hat er ein übriges getan, um seinen Namen und seine Herkunft zu verheimlichen.

Aufgepaßt! Fahnenräuber!

Gestern abend wurde aus dem Garten der Genossin Marie Juchacz eine 4 Meter lange Freiheitsfahne gestohlen. Die Diebe, die in SA.-Kreisen zu suchen sind, kletterten über den Gartenzaun und durchschnitten den Draht, mit dem die Fahne an einem Antennenmast befestigt war. Schon am vorhergehenden Abend hatten sich verdächtige Personen am Garten aufgehalten; sie wurden aber durch einige Parteigenossen, die von einer Versammlung zurückkehrten, verscheucht.

Das Haus Ackerstraße Nummer 3

Halle der Not — Asyl der Frierenden und Obdachlosen

Ackerstraße 3. Eine hohe Eisentür öffnet sich nach einem weiten Hof, auf dessen Boden unbenutzte Schienen in ein rotes Backsteinhaus führen. An der dunklen Front klebt eine weiße Uhr, die früher mal Berlins Straßenbahnverkehr diente. Heute braucht sie wohl nicht mehr zu gehen, denn für die jetzigen Insassen des unfreundlichen Baues spielt Zeit keine Rolle. Aus dem ehemaligen Straßenbahndepot ist die große Wärmehalle geworden, die in diesen Tagen wieder geöffnet wurde.

Unaufhörlich gehen da die von der Not der Zeit Gezeichneten ein und aus. Sie eilen zum Eingang, denn das Stehenbleiben auf dem Vorhof ist verboten. Leiser Regen und ein heftiger Wind, der in den grauen Herbsthimmel hin und wieder ein helles Loch reißt, treibt die Menschen, die keine Bleibe und kein warmes Heim haben, in dieses notdürftige Obdach, das ihnen die Stadt Berlin eingerichtet hat.

Drinnen ist ein muffiges Halbdunkel, das nur von einem spärlichen Oberlicht erhellt wird. In dem langen Saal stehen viele Bankreihen und ein paar einzelne Tische. Die Wände sind mit einer unbestimmbaren Farbe frisch gestrichen, aber schon kommt die Feuchtigkeit wieder durch und frißt breite, dunkle Flecken nach oben. Ebenso ist der Steinboden feucht und kalt. Gegen die naßkalte Luft versucht der riesige Eisenofen in der Mitte des Raumes, der bis obenhin mit glühendem Koks gefüllt ist, vorläufig noch vergebens anzukämpfen. Nur die um ihn herumsitzen, bekommen etwas von der Wärme ab. Ein paar Schritte weiter frißt schon wieder die Kälte in die Knochen, zumal die beiden anderen kleinen Oefen fast kalt sind.

Die Männer, die hier herumsitzen — für Frauen gibt es einen besonderen Raum, dessen Betreten verboten ist —, haben sich wenig zu sagen. Sie kennen alle ihr gleiches Schicksal. Abgestumpft brüten sie zusammengesunken dahin, sich über die paar Stunden Ruhe vor der ewigen Jagd nach dem Schlafplatz und Brot freuend. Neben vielen Alten mit ehrwürdigen Bärten kommen auch blutjunge Burschen herein: Arbeitslose ohne Eltern, Bettler, ehemalige Fürsorgezöglinge und Tippelbrüder, die oft mehrere Röcke übereinander tragen. Sie stehen zusammen und diskutieren, einige spielen auch Karten.

„Handeln verboten!"

„Hast Du schon gelesen, Handeln verboten", sagt einer, lacht und deutet auf die große Inschrift, die in auffälligen, weißen Buchstaben an die sonst ganz kahlen Wände angepinselt ist. Im Vorjahre soll hier eine allgemeine Warenbörse gewesen sein. Dem wird jetzt vom Bezirksamt energisch entgegengearbeitet und die Aufsichtsbeamten schauen beim Auf- und Abgehen streng nach allen Paketen. Trotzdem werden aus einer alten Aktenmappe ein paar vergilbte Schmöker angeboten. „Für einen Sechser den spannendsten Roman", lockt eine leise Stimme. Sonst kann man zur Zeit keinen Kragenknopf offen kaufen. Nur Zigarettenbilder werden getauscht und vielleicht auch mal schnell ein Paar Socken gegen eine Mütze oder so, denn Geld hat keiner.

Nur wenige können sich am Eingang eine große Tasse Kaffee und eine Schrippe für 5 Pfennig erstehen. Für zwei weitere Schrippen wird nochmals ein Sechser verlangt. „Ob sie die nicht billiger abgeben könnten?" fragt ein Käufer. Der Kaffee ist gut, heiß und reichlich. Es reicht selbst zum Rauchen nicht mehr hin. Der dicke Tabaksqualm, der sonst überall ist, wo Männer zusammensitzen, fehlt vollkommen.

Rasieren zehn Pfennig

In einer Ecke hat sich ein Friseurladen aufgemacht. Da kann man für 10 Pfennig rasiert werden und für 25 Pfennig die Haare geschnitten bekommen. Trotzdem mangelt es an Kunden. Nebenan sind die Toilettenräume. Drinnen sind keine Türen vor den einzelnen Aborten und die Becken sind vollkommen verstopft.

Von morgens sieben bis nachmittags drei Uhr ist die Wärmehalle geöffnet. Sie bietet wohl Schutz vor der Unbill der Witterung, aber für eine wirklich warme Bleibe ist sie vollkommen ungeeignet. In diesem Zustand bleibt sie eine nur schlechte Hilfe für die frierenden Menschen. Dieser Stall für eiserne Eisenbahnwagen müßte entweder vollkommen umgebaut werden oder es muß ein neuer Raum für die Wärmehalle gefunden werden. So ist sie ein unwürdiger Notbehelf.

Daß es auch anders sein kann, zeigen eine Wärmestube für Klein-, Sozial- und Invalidenrentner, die vom Bezirksamt Kreuzberg in der Urbanstraße eingerichtet wurde, und die großen Wärmestuben der Erwerbslosen-Notgemeinschaft in den ehemaligen Pferdeställen der BVG. in der Frankfurter Allee. In freundlicher Umgebung werden den Besuchern in der Urbanstraße sogar Zeitungen und Spiele zur Verfügung gestellt und selbst eine Bibliothek ist vorhanden. Das nette Heim, das durch Vergrößerung in diesem Jahre noch 20 Personen mehr Platz bietet, wurde vor kurzem mit Gesängen und Vorführungen der Arbeiterjugend eröffnet.

Beamte ehren die Kriegstoten

Die Leitung des 8. Bundestages des Deutschen Beamtenbundes legte heute vormittag am Ehrenmal Unter den Linden zum Gedächtnis der Gefallenen einen Kranz in den schwarzrotgoldenen Reichsfarben nieder. Der Bundestagspräsident, Regierungsrat Dietrich-Kassel, gedachte dabei der Gefallenen und schloß auch in das Gedächtnis die in ihrer Berufsarbeit gefallenen, verunglückten und verstorbenen deutschen Beamten ein.

Gefunden wurden bei der Kundgebung in den Tennishallen ein Paar Handschuhe. Abzuholen Lindenstraße 3, 2. Hof III, Zimmer 9.

In wenig Worten

Wie oberpfälzische Blätter melden, liegt aus München bei den kirchlichen Stellen eine Nachricht vor, wonach Therese Neumann in Konnersreuth die klinische Untersuchung, von der in den letzten Tagen im Zusammenhang mit der Freisinger Bischofskonferenz die Rede war, hinnehmen will. Es ist möglich, daß die Untersuchung an der Universität Würzburg stattfindet, in losem Zusamenhang mit der Einrichtung des missionsärztlichen Instituts.

*

Auf Ersuchen des zuständigen Kreisarztes wurde die Knabenklasse 8 I der 210. Volksschule in der Sedelitzer Str. 41 wegen Diphtherieerkrankungen für die Dauer von acht Tagen geschlossen.

*

Nach einer Mitteilung des Polizeipräsidenten findet in der Zeit vom Sonnabend, dem 26. November, bis einschließlich Dienstag, dem 29. November, eine allgemeine Rattenbekämpfung in Berlin statt.

Heinz und seine Bomben

Moderne Romantik Berliner Jungen — Ein Dummerjungenstreich

Da stand irgendwo im Walde in der Nähe von Schönow in einer Vertiefung eine alte Holzhütte. Die Tür war nur mit einem einfachen Hängeschloß gesichert. Der achtzehnjährige Heinz B. und der 16 Jahre alte Karl D. streiften durch den Wald und stießen auf die Hütte. Was wohl in ihr verborgen sein mag? Ein Schlag mit dem Stein gegen das Schloß — und auf springt die Tür. Großes Erstaunen: in der Hütte Kisten mit der Aufschrift: „Westfälische Sprengstoffwerke".

Sprengstoff, eine „knorke Sache". Die jungen Burschen füllten sich die Taschen mit Sprengstoff und bringen ihn nach Hause. Zu welchem Zweck? Muß es denn einen besonderen Zweck haben, wenn zwei Berliner Bengels sich die Taschen mit Sprengstoff füllen? Dem D. kamen aber bald Bedenken. Er wohnte im Außenbezirk und vergrub seine Sprengstoffbeute. Auch dem achtzehnjährigen Heinz wurde mulmig. In der Stadt war aber die Vernichtung des gefährlichen Schatzes nicht so einfach. Und so schob er es immer wieder hinaus. Nach vielen Monaten kam er auf die Sache zurück und verfertigte — Bomben! Das war ganz einfach. Eine Dose, eine Sprengkapsel und eine Zündschnur. Wozu brauchte er die Bomben? Zu gar nichts! Es ist aber ein ganz eigenartiges Gefühl, Bomben im Hause zu haben. Und wieder verzingen Monate, viele Monate.

Die politischen Zeiten änderten sich, es kamen Notverordnungen, die Sache mit den Bomben wurde brenzlich. Heinz weihte seinen Freund A. in die Angelegenheit ein, gab ihm die Bomben, damit er sie in dem Laubengrundstück seines Vaters vergrabe. Das konnte nur in Abwesenheit des „Alten" geschehen. Am Montag sollte der Vater nach Berlin fahren; am Sonntag entdeckte er aber die Bomben und machte der Polizei davon Mitteilung. Sein Sohn Heinz, jetzt 22 Jahre alt, und D. kamen so ins Gefängnis wegen Verstoßes gegen das Sprengstoffgesetz.

Vor der Strafkammer erklärte Heinz, so gut er konnte, weshalb er vor vier Jahren den Sprengstoff an sich genommen und warum er die Bomben angefertigt habe. „Dummerjungenstreich", sagte der Vater von D., „Heinz ist ein guter Junge", sagte dessen Mutter, „er hat mit Politik nie etwas zu tun gehabt."

Der Staatsanwalt beantragte aber „angesichts der schlimmen politischen Zeiten, in der wir jetzt leben", ein Jahr sechs Monate Gefängnis für Heinz, ein Jahr vier Monate Gefängnis für H. — „wegen Aufbewahrung von Sprengstoffen zu verbotenen Zwecken". Das Gericht verurteilte die ersten beiden zu je einem Jahre Gefängnis, D. zu zwei Monaten. Heinz und H. wurden aus der Haft entlassen.

Die Jungen haben leichtsinnig gehandelt. Aber war es nicht unerhört leichtsinniger, Massen von Sprengstoff in einer leicht verschlossenen alten Hütte aufzubewahren?

Ausstellung der Naturfreunde — Photogemeinschaft. Vom 29. Oktober bis einschließlich 13. November 1932 zeigt die Photogemeinschaft im Touristenverein „Die Naturfreunde" in eigenen Räumen, Berlin N., Johannisstraße 15, ihre Jahresschau. Die Ausstellung ist geöffnet werktags von 10 bis 21 Uhr, Sonntags von 10 bis 20 Uhr.

Wie wird das Wetter?

In Berlin: Wesentliche Abkühlung, wechselnd wolkig, zeitweise aufheiternd, am Tage Schauer. — **In Deutschland:** Von Norden nach Süden fortschreitende Abkühlung, nur zeitweise Aufheiterung, sonst wechselnd wolkig, besonders im Südosten. Ueberall wesentlich kühler, vielfach Schauer.

Am Dienstag, dem 1. November, von den bekannten Stellen aus:

Allgemeine Flugblattverbreitung

Die Flugblätter sind bereits am Montag ausgeliefert. Alle Genossinnen und Genossen, Reichsbannerkameraden, Jugend- und Sportgenossen beteiligen sich daran.

Der Bezirksvorstand.

Für Auslandsdeutsche

Sorgt für vernünftige Außenpolitik

Der Verein für das Deutschtum im Ausland veranstaltete in der „Neuen Welt" eine Kundgebung für die deutsche Ostmark. Nach dem Aufmarsch der Jugend, nahm Reichsernährungsminister Freiherr von Braun das Wort und überbrachte die Grüße und Wünsche der Regierung.

Der Vorsitzende des Landesverbandes Mark Brandenburg, zu dessen Betreuungsgebiet besonders das östliche Grenzland zählt, Dr. Gaster, schilderte die Auswanderung deutscher Menschen im letzten Jahrhundert nach Uebersee und in früheren Zeiten nach dem Fernen Osten bis nach Siebenbürgen, an die Wolga und in die Krim. Dann ging er jedoch mehr auf innerdeutsche Dinge ein und meinte, Kraft, Liebe und Zucht müßte durch die Arbeit des VDA. wieder im deutschen Volke erweckt werden. Der VDA. sei der Ausdruck einer Volksgemeinschaft, die in Einigkeit und Treue zusammenhalten müsse und er schloß mit dem Rütlischwur aus Schillers „Tell".

So wurde leider aus einem Bekenntnis für die Deutschen im Ausland mehr eine nationalistische Proklamation. Will der VDA. eine wirklich überparteiliche Einrichtung sein, dann muß er zunächst dafür sorgen, daß seine Kundgebungen nicht das üble Gesicht einer Naziversammlung (armes Südtirol!) durch das Auftreten einer Hitler-Garde erhalten.

Wir bekennen uns durch die Tat zu unseren deutschen Volksgenossen auch jenseits der Reichsgrenzen, indem wir für eine vernünftige Außenpolitik eintreten.

Kampf den Unterdrückern!

In den Residenzfestsälen fand eine stark besuchte öffentliche Wählerkundgebung der 38. Abteilung statt. Genosse Kuttner hielt das politische Referat. Der Kampf der Sozialdemokratie gegen das Kabinett Papen ist der Klassenkampf der Arbeiter gegen ihre Unterdrücker. Hitlers Kampf gegen Papen dagegen ist nur der Streit zweier Konkurrenten um Führung und Beteiligungsquote im kommenden Syndikat. Nach Gregor Straßers Bekenntnis hat Papen sein Wirtschaftsprogramm den Nationalsozialisten entwendet. Der Zusammenbruch dieses Programms ist zugleich auch der Bankrott des Nationalsozialismus. Die Arbeiterklasse muß gerüstet sein, um mit voller Kraft auf dem Kampfplatz anzutreten, wenn der notwendige Zusammenbruch dieses kapitalistischen Programms erfolgt. Nach dem mit großem Beifall aufgenommenen Referat sang die Versammlung stehend zu den Klängen der Reichsbannerkapelle die Internationale und den Sozialistenmarsch.

In Britz veranstaltete die Partei am vergangenen Mittwoch eine glänzend verlaufene Wahlkundgebung. Im Mittelpunkt stand die Uebergabe von sechs großen Sturmfahnen. Gesang und Sprechchöre der Britzer SAJ. und der jüngeren Genossen gaben der Veranstaltung eine starke propagandistische Wirkung, die noch verstärkt wurde durch die prachtvollen satirisch-anklägerischen Vorträge der Spielgruppe „Wir vom Wedding". Diese straff disziplinierte Gruppe versteht es, die politischen Ereignisse des Tages verblüffend aktuell in ihrem Programm zu verarbeiten und außerordentlich wirksam zum Vortrag und zur Darstellung zu bringen. Die Veranstaltung war ein begeistertes Bekenntnis zum Sozialismus.

Der Verein „Erholungsheim der Berliner Feuerwehr E. V.", der es sich zur Pflicht gemacht hat, Feuerwehrmännern, den Helfern in Not und Gefahren, die bei Ausübung ihres oft gefahrvollen Berufes Schaden an ihrer Gesundheit genommen haben, Erholungsmöglichkeiten zu schaffen, veranstaltet am Donnerstag, dem 3. November d. J., in den gesamten Festräumen des Zoologischen Gartens ein Wohltätigkeitsfest, dessen Ueberschüsse restlos für den vorerwähnten Zweck Verwendung finden. Aus dem reichhaltigen Programm wird besonders auf die Turnvorführungen von Feuerwehrbeamten aufmerksam gemacht.

Zweiter billiger Oktober-Sonnabend im Zoo. Am heutigen Sonnabend, 29. d. M., kostet bereits von 12 Uhr mittags ab der Eintritt in den Zoologischen Garten für Erwachsene nur 50 Pf., für Kinder bis zu 10 Jahren 25 Pf. Dieselbe Ermäßigung gilt für das Aquarium.

Die Deutsche Lustsportausstellung am Kaiserdamm schließt am kommenden Sonntag, dem 30. Oktober d. J., abends 7 Uhr, endgültig ihre Pforten.

Eine Wohltätigkeitsveranstaltung für die Berliner Winterhilfe wird am 26. November 1932, abends 11 Uhr, in der Staatsoper Unter den Linden, stattfinden. Der Herr Reichspräsident hat das Protektorat übernommen. Das Programm wird in den nächsten Tagen veröffentlicht werden.

Die Goldene Hochzeit begeht am 30. Oktober das Ehepaar Goepel, Paul-Singer-Straße 33. Das Jubelpaar steht seit langen Jahren treu zur Partei und zum „Vorwärts".

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind Berlin SW 68, Lindenstraße 3, stets an das Bezirkssekretariat, 2. Hof, 3 Treppen rechts, zu richten

Unsere nächsten Partei- und Betriebsveranstaltungen

„Die Sozialdemokratie im Kampf gegen kapitalistische Verelendung, für sozialistischen Aufbau."

8. Kreis Spandau.
Sonnabend, 29. Oktober, 19½ Uhr, politisch-satirischer Abend in Kochs Festsälen, Spandau, Feldstr. 52. Referent Otto Bach.

52. und 62. Abt. Siemensstadt.
Sonnabend, 29. Oktober, 23 Uhr, Nachtvorstellung im Kino Siemensstadt, Nonnendammallee. Film: „Kameradschaft". Referent Dr. Theodor Haubach.

63. Abt. Staaken.
Sonnabend, 29. Oktober, 20 Uhr, Wählerversammlung bei Richter, Staaken, Spandauer Str. 112. Referent Gerhard Breitscheid.

64. Abt. Cladow.
Sonnabend, 29. Oktober, 20 Uhr, Wählerversammlung im Cladower Hof, Cladow. Referent Gottlieb Reese.

108a Abt. Köpenick.
Sonnabend, 29. Oktober, 19½ Uhr, Kundgebung bei Pirschel, Köpenick-Nord, Hoppendorfer Straße. Referent Arthur Richter.

113. Abt. Schmöckwitz.
Sonnabend, 29. Oktober, 19½ Uhr, Kundgebung im Café Landhaus, Schmöckwitz, Hinter der Brücke. Referent Erich Raddatz.

132. Abt. Blankenburg.
Sonnabend, 29. Oktober, 19½ Uhr, Kundgebung bei Klug, Blankenburg, Dorfstr. 2. Referent Karl Hetzschold.

17. Kreis Lichtenberg.
Sonntag, 30. Oktober, vormittags 11½ Uhr, in den Kosmos-Lichtspielen, Lichtenberg, Lückstr. 70. Vorführung des Films „Niemandsland". Referentin Käthe Kern. Die für den 23. Oktober gelösten Eintrittskarten haben ihre Gültigkeit.

20. Kreis Reinickendorf.
Sonntag, 30. Oktober, vormittags 11½ Uhr, Wahlkundgebung der Frauen im Residenz-Kasino, Reinickendorf-Ost, Residenzstraße 142. Vorführung des Films „Kameradschaft". Ansprache Maria Krische. Eintritt 30 Pf.

Blankenfelde.
Sonntag, 30. Oktober, 16 Uhr, Kundgebung bei Tinius. Referent Franz Böhme.

Bezirksamt Neukölln. Beschäftigte der Straßenreinigung.
Montag, 31. Oktober, 15 Uhr, im Lokal Münzer, Neukölln, Boddinstr. 57. Referent Stadtrat Lucke.

Deutsche Niles-Werke.
Montag, 31. Oktober, 16½ Uhr, Eiserne-Front-Veranstaltung bei Huckwitz, Weißensee, Berliner Allee 193. „Was droht uns in der nächsten Zeit?" Referent Max Urich.

Betriebsfraktion der sozialdemokratischen Arbeitnehmer (Zentrale Verwaltungen).
Montag, 31. Oktober, 19½ Uhr, im Hackeschen Hof, Rosenthaler Str. 40/41, Parterresaal. „Kommunale Arbeitnehmer und Reichstagswahl." Referent August Kunze.

4. und 5. Kreis Prenzlauer Berg und Friedrichshain.
Montag, 31. Oktober, 20 Uhr, Kundgebung im Saalbau Friedrichshain, Am Friedrichshain. Referenten Dr. Otto Friedländer, Gertrud Hanna, M. d. L. Fahneneinmarsch der Eisernen Front. Musikalische Darbietungen des Tambour- und Bläserkorps des Reichsbanners Friedrichshain.

6. Kreis Kreuzberg.
Wir beteiligen uns um 19½ Uhr an der Kundgebung des 14. Kreises Neukölln in der „Neuen Welt". Näheres siehe Notiz des 14. Kreises Neukölln.

14. Kreis Neukölln.
Montag, 31. Oktober, 19½ Uhr, Kundgebung in der „Neuen Welt", Hasenheide. Referenten Friedrich Stampfer, M. d. R., Erich Schmidt von der SAJ. Ferner Ansprache des Generalsekretärs des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Genossen Scheveneels. Fahneneinmarsch, Musik. Mitwirkende: Spielgruppe der SAJ. und das Reichsbanner.

59. Abt. Spandau.
Montag, 31. Oktober, Wählerversammlung im Lokal Halleda, Spandau, Pionierstr. 3. Referent Fritz Schröder.

62. Abt. Siemensstadt-Haselhorst.
Montag, 31. Oktober, 20 Uhr, Wählerversammlung bei Weidner, Siemensstadt, Sternfeld. Referent Kurt Heinig, M. d. R.

99. Abt. Britz.
Montag, 31. Oktober, 19½ Uhr, Frauenkundgebung in der Idealhalle, Britz, Hannemannstr. 42. „Frauen im Kampf gegen Unterdrückung und Not." Referentin Susanne Räder-Großmann.

Pankow und Niederschönhausen.
Montag, 31. Oktober, 19½ Uhr, Jungwählerversammlung im Schloß Schönhausen, Niederschönhausen, Lindenstraße. Referent Dr. Ernst Fränkel.

BVG. Hauptwerkstatt Grunewald.
Montag, 31. Oktober, 19 Uhr, im Roten Saal der Kammersäle, Teltower Str. 1/4, Betriebsversammlung. „Soziale Reaktion und freie Gewerkschaften." Referent Gen. Ditersdorf.

BVG. Bahnhof 13 Halensee.
Montag, 31. Oktober, 19 Uhr, Hammerschaftsversammlung bei Sandmann, Westfälische Str. 42. „Gegen Reaktion und Lohnabbau für sozialistische Wirtschaftsführung." Referent Gottlieb Reese.

Hamelsche Druckerei und Verlagsanstalt.
Montag, 31. Oktober, 16 Uhr, bei Scholz, Levetzow- Ecke Jagowstraße. Betriebsversammlung. „Demokratie oder Diktatur?" Referent Emil Barth.

Zentralverband der Arbeitsinvaliden und Witwen Deutschlands. Kreis Neukölln.
Montag, 31. Oktober, nachmittags 4 Uhr, Kundgebung in Kliems Festsälen, Hasenheide. Referent Gen. August Karsten, M. d. R. Parteimitglieder, soweit sie Versicherungsrentner sind, sind besonders eingeladen.

Kreis Berlin-Mitte.
Montag, 31. Oktober, nachmittags 3 Uhr, Kundgebung in den Sophiensälen, Sophienstr. 16/17. Referent Gen. August Karsten, M. d. R. Parteimitglieder, soweit sie Versicherungsrentner sind, sind besonders eingeladen.

* * *

Achtung! Das Bezirkssekretariat des Bezirksverbandes Berlin der SPD. ist heute Sonnabend, den 29. Oktober, bis abends 19 Uhr geöffnet. In der Wahlwoche sind sämtliche Büros des Bezirksverbandes jeden Abend bis um 20 Uhr geöffnet.

Beginn aller Veranstaltungen 19½ Uhr, sofern keine besondere Zeitangabe!

7. und 8. Kreis. Heute 17 bis 18 Uhr Juristische Sprechstunde, Jugendheim, Rosinenstr. 4. Gelegenheit zum Kirchenaustritt!
19. Kreis. Sonntag, 30. Oktober, vormittags 10½ Uhr, treffen sich die Abteilungsobleute Kissingen-Klause, Pankow, Kissingenstraße. Kurze Besprechung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
4. Abt. Heute, 17 Uhr, treffen sich alle Genossinnen und Genossen zur Erledigung wichtiger Propagandaarbeit bei Brandis, Stralauer Str. 10.
6. Abt. Alle Parteimitglieder treffen sich Sonntag, 15 Uhr, beim Genossen Dobrohlaw.
8. Abt. Die umgearbeiteten Transparente sind sogleich bei Rückert, Steinmetzstraße 36a, abzuholen.
10. Abt. Alle Genossen zur Vorwärtswerbung Sonntag, früh 8 Uhr, bei Stein, Holsteiner Ufer 14.
13. Abt. Propagandamaterial ist sofort in der Vorwärts-Spedition abzuholen.
21. Abt. Heute Zusammenkunft der Propagandatruppe bei Kroll, Utrechter Straße 21. Wichtige Besprechung der Wahlarbeit.
33. Abt. Genossen, welche an der Handagitation teilnehmen, treffen sich mit Fahrrädern Sonntag, 30. Oktober, vorm. 9 Uhr, Müller- Ecke Seestraße.
44. Abt. Heute von 16½ bis 17 Uhr wichtige Materialausgabe an die Bezirksführer bei Ewald, Skalitzer Str. 126.
85. Abt. Tempelhof. Sonnabend, 29. Oktober, 16 Uhr, wichtige Besprechung bei Pommerening, Berliner Str. 100.
86. Abt. Sonnabend, 16 Uhr, treffen sich alle Parteimitglieder zu einer Besprechung bei Görlitz, Chausseestr. 19. 20 Uhr Sitzung des engeren Vorstandes mit den Bezirksführern bei Ohnau, Friedenstr. 6.
97. Abt. Bezirksführer. Heute Material abholen an bekannter Stelle.
108. Abt. Die erwerbslosen Parteigenossen treffen sich heute 17 Uhr im Parteiheim. — Flugblattverbreitung Sonntag vorm. 8 Uhr von folgenden Lokalen aus: **Kietz-Alt-Vorstadt,** Parteiheim, Schloßstr. 27. **Cöln, Vorstadt,** Bewart, Rudower Str. 3.
108a. Abt. Heute, 16 Uhr, Handzettelausgabe bei Eisner und Marx. Flugblattausgabe am Dienstag, 1. November, 18 Uhr, an gleicher Stelle.
111. Abt. Sonntag, vorm. 7.45 Uhr, bei Heimann Flugblattverbreitung. Erscheinen sämtlicher Genossen Ehrensache.
119. Abt. Heute Funktionärsitzung bei Schade.
124. Abt. Sonntag, 8 Uhr, treffen sich alle Parteigenossen und die Mitglieder der Eisernen Front zur Flugblattverbreitung bei Andera.
127. Abt. Heute, 18 Uhr, treffen sich alle Bezirksführer und Wahlhelfer zur Flugblattverbreitung und Einteilung des Wahldienstes bei Schiebe, Berliner Straße. Keiner darf fehlen.
129. Abt. Achtung, Bezirksführer! Wahlmaterial von Nißmann abholen.

Afü-Arbeiter Staaken. Sonntag, 30. Oktober, 10 Uhr, Fraktionssitzung bei Wittschuß, Petersburger Straße. Mitgliedsbuch mitbringen.
Der Fraktionsvorstand.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde.

Kreis Neukölln. Helferkreis. Unsere nächste Helfersitzung findet wegen der Wahl erst nach dem 6. November statt. Termin wird noch bekanntgegeben. Rote Falken. Zum Ueben für den 9. November treffen wir uns am Sonntag um 16 Uhr (nicht 10 Uhr) im Kreisheim. Anschließend Heimabend. Jungfalken- und Rote-Falken-Helfer. Am Montag um 18 Uhr im Kreisheim Arbeitsbesprechung. Jede Gruppe muß vertreten sein. — Abt. Lichtkämpfer. Zur Ausgestaltung des Frauenabends treffen wir uns am Montag um 19¼ Uhr am Hohenzollernplatz in Falkenkleidung. Jungfalken. Heute, Sonnabend, Fahrt nach Lehnitz. Abfahrt um 15 Uhr Bahnhof Neukölln.
Mitte. Montag, 31. Oktober, im Jugendheim Elisabethkirchstraße Helfersitzung. — Abt. W. Liebknecht. Wir treffen uns am Sonntag zur Fahrt nach Krumme Lanke um 8¼ Uhr am Alexanderplatz, Ecke Landsberger Straße. 25 Pf. Unkosten. — Abt. Fritz Gilde. Unsere Nachtfahrt fällt aus, dafür Treffpunkt morgen, 7½ Uhr, Falkenecke.
Wedding. Morgen Kreisveranstaltung im Heim Putbusser Str. 22. Kasperle-Lichtbilder.
Friedrichshain. Am Montag beteiligen sich alle Helfer an der Kundgebung im Saalbau Friedrichshain. Die Gruppenabende fallen am Montag aus. Dienstag, 19¼ Uhr, sind alle Helfer im Kreisheim zum Bastelkursus. Mittwoch, 18 Uhr, kommen alle Jung- und Rotfalken zur Turnhalle Litauer Straße 18. Donnerstag, 20 Uhr, Kreisvorstand im Kreisheim. — Abt. Landsberger Platz. Heute, Sonnabend, Fahrt der Rot- und Jungfalken nach der Dubrow. Kosten 1 M. Treffen 16 Uhr Falkenecke. Sonntag, 15 Uhr, Bunter Nachmittag im Heim Dieselmannstraße. Jeder bringt sich Tasse und Eßware mit. Ende gegen 19 Uhr.
Kreuzberg. Heute, pünktlich 15 Uhr, treffen sich die Falken, die den kleinen Hämelmann mitspielen, vor dem Heim Dorfstr. 11. Alle anderen Falken treffen sich um 15 Uhr im Heim Urbanstr. 167. Wir gehen dann alle gemeinsam zur Veranstaltung der Volksfürsorge nach der früheren Unionsbrauerei in der Hasenheide. Erscheint alle in blauer Falkenkleidung.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik nur an das Jugendsekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 3, vorn 1 Treppe rechts.

Heute, Sonnabend, 20 Uhr.

Köpenicker Viertel: Treffpunkt 18¾ Uhr Schlesischer Bahnhof. — **Warschauer Viertel:** Litauer Str. 18, Ueben. — **Halleschen Tor:** Treffpunkt 18 Uhr Rote Ecke. — **Niederschönhausen:** Lokal Pfeiffer, Kerbend, Bunter Abend: Wir funken. Montag, 31. Oktober, Öffentliche Jungwählerversammlung im Schloß Schönhausen (19 Uhr). Eintritt frei.
Werbebezirk Osten: Vorstandssitzung ohne Gruppenleiter 19 Uhr Litauer Straße 18.
Werbebezirk Kreuzberg: Wochenendkursus in Rüdersdorf. Thema: Unsere Forderungen auf Umbau der Wirtschaft. Referent: Genosse Heinrich Jarubowitz. Treffpunkt 19 Uhr Schlesischer Bahnhof. Fahrpreis einschließlich Kaffee, Essen und Uebernachten 1,40 M. Nachzügler Sonntag, 7 Uhr, ebenfalls Schlesischer Bahnhof.
Werbebezirk Schöneberg: Landagitation nach Landsberg-Süd. Treffpunkt 18¾ Uhr Bahnhof Schöneberg für Bahn- und Radfahrer. Nachzügler 19¼ Uhr ebendort. Wir rechnen auf Unterstützung anderer Bezirke.
Werbebezirk Westend: Vorstandssitzung 20 Uhr Rosinenstr. 4.

*

Arnimplatz: Morgen Fahrt ins Blaue. Treffpunkt 6¾ Uhr Bahnhof Schönhauser Allee.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Achtung. Voranzeige! Unsere Veranstaltung „Jugend gegen Krieg" findet nunmehr am Donnerstag, dem 24. November, im Festsaal des Film- und Lichtbildamtes der Stadt Berlin, Lützowstr. 1, statt. Aus dem Programm: Tonfilm „Niemandsland". Kostenbeitrag 35 Pf.

Gesamtverband. Morgen, Sonntag, 14 Uhr, Sonderveranstaltung in der Treptower Sternwarte. Filmvortrag: Oesterreichischer Naturfilm. Eintrittspreis 30 Pf.

Verein Berliner Buchdrucker und Schriftgießer, 11. Bezirk (Nachtarbeiter). Die Bezirksversammlung findet wegen der am nächsten Sonntag stattfindenden Reichstagswahl ausnahmsweise morgen, Sonntag, 30. Oktober, 10 Uhr, statt. Um zahlreiches Erscheinen bittet **Die Bezirksleitung.**

Vorträge, Vereine und Versammlungen

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold".
Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Sebastianstr. 37—38, Hof 2 Tr.
Weißensee (Ortsverein). Alle Kameraden, die ein Fahrrad besitzen, treffen sich Sonntag, 30. Oktober, 8 Uhr, bei Gallas. — **Pankow** (Ortsverein). Sonnabend, 29. Oktober, 19 Uhr, Antreten aller Kameraden aus Blankenburg, Karow, Buchholz und Buch im Restaurant Klug, Blankenburg, Dorfstr. 2. Kameraden aus Pankow und Niederschönhausen mit Rädern. Treffpunkt 19 Uhr Bahnhof Heinersdorf. Tambourkorps mit Instrumenten Bahnhof Pankow-Schönhausen gleichfalls 19 Uhr. Sonntag, 30. Oktober, 14 Uhr, Antreten aller Kameraden aus Pankow und Niederschönhausen in Berlin-Niederschönhausen, Friedensplatz. Tambourkorps mit Instrumenten. Alle in Uniform.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, 30. Oktober, 11 Uhr, Pappelallee, Vortrag Walter Trojan: Das blaue, das goldene und das rote Berlin. Gäste willkommen.

Schuhmacher-Innung zu Berlin. Sonntag, 30. Oktober, 10 Uhr, in den Kammersälen (großer Saal), Berlin, Teltower Str. 1—4, Protestversammlung für das Schuhmacherhandwerk Groß-Berlins.

Schont auch die empfindlichste Haut:
KALODERMA-RASIERSEIFE
60 ₰
Glyzerinhaltig: Die Klinge schabt nicht – sie gleitet!
F. WOLFF & SOHN • KARLSRUHE

Durchschnittlich 80 000 Mark Gehalt!

So erfolgt die Anpassung an die Armut der Nation durch die Generaldirektoren

Die Wirtschaftskrise hat über das arbeitende Volk unsägliche Not gebracht. Weil „die Wirtschaft" gerettet werden muß, ist „der Wohlfahrtsstaat" außerdem bei den Aermsten der Armen abgebaut worden. Die Wirtschaftskrise soll durch 2,2 Milliarden Steuergeschenke an die Unternehmer überwunden werden. Was haben die Unternehmer schon auf dem Altar des Vaterlandes geopfert?

Der „Vorwärts" hat sich schon mehrfach mit den in der Privatwirtschaft gezahlten Gehältern und Tantiemen beschäftigt.

Der tolle Widerspruch zwischen dem völligen Fiasko der kapitalistischen Wirtschaftsführung und der für diese Wirtschaftsführung gezahlten Kosten

muß immer wieder aufgezeigt werden. Er enthüllt die Ungerechtigkeit der den beschäftigten und feiernden Arbeitern sowie den Rentenempfängern zugemuteten immer größeren Not in aufrüttelnder Weise. Die Erkenntnis dieser Ungerechtigkeit muß dem Volk die Augen öffnen, daß das System solcher Ungerechtigkeiten verschwinden muß.

In der „Gewerkschaftszeitung", dem Organ des ADGB., sind die vom „Vorwärts" zuerst veröffentlichten Ergebnisse über die 1931 bei den großen Unternehmungen entstandenen „Leitungskosten", das sind in erster Linie die Vorstandsbezüge und die Tantiemen der Aufsichtsräte, auf den neuesten Stand gebracht. Für 75 große Unternehmungen, die in ihren Geschäftsberichten für 1931 nach der Aktienrechtsnovelle vom vorigen Jahre über die Vorstands- und Aufsichtsratsbezüge berichten mußten, werden die Leitungskosten und die Durchschnittsgehälter zusammengestellt. Natürlich haben die Geschäftsberichte nur Mindestziffern angegeben; Aufwandsspesen und Repräsentationskosten werden vielfach — und in beträchtlicher Höhe — einfach „über Unkosten" verbucht. Das Ergebnis ist folgendes:

Bei den untersuchten 75 Unternehmungen erreichen die gesamten Verwaltungskosten 50 Millionen Mark.

Die 500 Vorstandsmitglieder, die Generaldirektoren, die Vollvorstandsmitglieder sowie die stellvertretenden Vorstandsmitglieder bezogen im Geschäftsjahr 1931 mehr als 40 Mill. Mark,

wobei sehr erhebliche Nebenbezüge bei Tochtergesellschaften und die auf Unkosten verbuchten Repräsentationskosten, Vertrauensspesen usw. noch nicht mit eingerechnet sind.

Im Durchschnitt ergibt sich eine Vergütung je Vorstandsmitglied von 80 000 M.,

wobei man annehmen kann, daß die Bezüge der Generaldirektoren noch wesentlich höher liegen, vielfach das Doppelte und Dreifache erreichen, die der ordentlichen Vorstandsmitglieder etwa bei 100 000 M. liegen, die der stellvertretenden bei 40 000 bis 50 000 M.

Um nur ein paar Beispiele herauszugreifen: Für die 43 Vorstandsmitglieder des deutschen Chemietrustes ergibt sich eine Durchschnittsvergütung von je 140 000 M., für die siebenköpfige Mannesmann-Direktion von je 130 000 M. Insgesamt liegt bei einem Drittel der von uns untersuchten Gesellschaften die Durchschnittsvergütung aller Vorstandsmitglieder über 100 000 M. und zwischen 100 000 bis 190 000 Mark je Vorstandsmitglied.

Das in solchen Gehältern gegenüber dem Elend der — oft aus Verschulden derselben Generaldirektoren — zusammengebrochenen Wirtschaft liegende Unrecht wurde von den Herren, die gegen den Wohlfahrtsstaat kämpfen, wohlempfunden. Sie wollen — so proklamierten sie in ihren Notverordnungen — wenigstens die Gehälter der vom Staat subventionierten Unternehmungen senken. Aber bis heute, Monate nach der Ankündigung, ist noch nicht einmal die entsprechende Durchführungsverordnung erlassen!

Zu den Gehältern kommen bei den Leitungskosten noch die Tantiemen für die Aufsichtsräte. Von den Gesellschaften, die 1931 noch mit Gewinn gearbeitet haben, geben wir folgende Beispiele:

Aktiengesellschaften	Gesamtvergütungen in RM.	Zahl der Vergütungen A.-R.-M.	Durchschn. Vergütungen je A.-R.-M.
IG. Farbenindustrie	1 027 500	51	20 000
Allianz-Konzern . . .	614 000	60	10 000
Accumulator. Berlin	406 250	14	30 000
Rhein. Braunkohlen	319 000	23	13 500
Wintershall	300 000	30	10 000
Continent.-Gummiw.	297 000	11	27 000
Burbach-Kaliwerke .	294 125	29	10 000
Berl. Kindl-Brauerei	234 000	8	30 000
Dtsch. Continental Ges.	212 000	9	21 500
Roddergrube	203 868	13	16 500

Bei diesen 10 Aktiengesellschaften beträgt die gesamte Tantiemesumme über 4 Mill. Mark. Diese 250 hier „beschäftigten" Aufsichtsräte erhalten für ihre Tätigkeit im Durchschnitt 20 000 M. Jahresvergütung, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß noch immer bis zu 20 Aufsichtsratsmandate in einer Hand vereinigt sein können. Auch heute noch kommen bei den mit Gewinn arbeitenden Gesellschaften derartige phantastische Tantiemen zur Auszahlung.

Wir wissen, daß zum Kapitalismus Ungerechtigkeiten ebenso gehören wie die Cliquen- und Protektionswirtschaft, die die Auslese der wirklich Befähigten auch für die Privatunternehmungen verhindert. Wir empören uns aber gegen die Ungerechtigkeit und Scheinheiligkeit, mit der das Volk zuerst in das wirtschaftliche Elend hineingeführt und dann für die Fehler der Verantwortlichen mit schwersten Entbehrungen bestraft wird, während die Verantwortlichen selbst so leben dürfen, als wäre nichts geschehen. Eine solche „Anpassung an die Armut der Nation" muß von den deutschen Wählern am 6. November gerichtet werden.

Parteipolitisch neutral

DBB. lehnt Nazis ab und wählt Flügel wieder

In der Nachmittagssitzung des Bundestages des DBB. empfahl gestern der Berichterstatter die Annahme einer Entschließung des Bundesvorstandes, die in der Hauptsache wegen der Unterzeichnung des Aufrufs der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen am 20. Juli eingebracht worden war. Den Aufruf unterzeichnet hatten der 1. Vorsitzende des Reichsverbandes Deutscher Post- und Telegraphenbeamten, Kugler, und der Bundesdirektor Lenz. In der Entschließung heißt es, nach einem Hinweis darauf, daß der politische Meinungsstreit auch die Beamten und ihr Organisationsleben erfaßt habe, und der Bundestag sich aus diesem Grunde erneut zu dem Grundsatz der parteipolitischen Neutralität bekennt:

„Der Bundestag hält weiter daran fest, daß der Deutsche Beamtenbund in gemeinsamen Fragen im Rahmen seines Programms

mit anderen Spitzenverbänden zusammenarbeiten

kann. Um jeweils die gewissenhafte Beachtung aller wichtigen Bundesinteressen, insbesondere auch des Grundsatzes der parteipolitischen Neutralität zu sichern, ist künftig vor jeder gemeinsamen Aktion die Zustimmung der verantwortlichen Bundesorgane einzuholen. . . .

An die Mitglieder richtet der Bundestag den Appell, sich bei Beurteilung der Bundespolitik und der Bundesarbeit nicht von parteipolitischen Empfindungen und Einflüssen leiten zu lassen."

Im Zusammenhang mit dieser Entschließung empfahl der organisationspolitische Ausschuß die Annahme eines Antrages der Bundesleitung, wonach mit der Annahme der Entschließung die Anträge als erledigt angesehen werden sollten, „die sich auf die vom geschäftsführenden Vorstand nicht gedeckte Mitunterzeichnung des Aufrufs der Spitzenorganisationen vom 20. Juli 1932 beziehen".

Kugler gab als erster Sprecher zu diesem Vorschlag die Erklärung ab, daß die Vertreter seiner Organisationen trotz schwerster Bedenken für die Entschließung stimmen werden, jedoch gegen den Antrag der Bundesleitung, weil darin unnützerweise wieder die Rede davon ist, daß der geschäftsführende Vorstand den viel umstrittenen Aufruf nicht gedeckt hat. Diese Erklärung Kuglers war durchaus verständlich, denn seine Organisation, der Reichsbund Deutscher Post- und Telegraphenbeamten, hatte die Unterschrift seines Vorsitzenden Kugler und seines Mitgliedes Lenz gebilligt.

Bis zu dieser Erklärung verlief die Tagung völlig ruhig. Dann stieg jedoch der Führer des mecklenburgischen Beamtenbundes, Dr. Bernhöft, ein offensichtlicher Parteigänger Hitlers, auf die Rednertribüne und zog in größtenteils persönlichen Angriffen gegen den Bundesdirektor Lenz vom Leder. Er verlangte in überheblichem Tone die Versetzung des Bundesdirektors Lenz auf einen anderen Posten. Während der Rede dieses getreuen Dieners der mecklenburgischen Naziregierung kam es zu erregten Zwischenrufen, und als der Bundestag mit knapper Mehrheit einen Antrag des Reichsverbandes Deutscher Post- und Telegraphenbeamten ablehnte, der eine kurze Vertagung der Sitzung forderte, verließen die Mitglieder dieser Organisation demonstrativ den Saal und hielten eine Sondersitzung ab. Nach deren Beendigung verlangte Kugler

die Ablehnung des umstrittenen Antrags, wenn nicht die Mitarbeit seiner Organisation im DBB. in Frage gestellt werden solle.

Der Bundestag brachte daraufhin fast einstimmig den Antrag zu Fall, womit einer bestimmten Zahl von Wühlmäusen innerhalb des DBB. das Futter entzogen war. Mit ebenso erdrückender Mehrheit, wie die oben auszugsweise wiedergegebene Entschließung angenommen wurde, verfielen die Anträge des nationalsozialistisch geführten Bundes Deutscher technischer Zollbeamten der Ablehnung, die wegen der Politik des DBB. bzw. der Unterschriftleistung am 20. Juli dem Bundesvorstand das Vertrauen entziehen, und den Bundesdirektor Lenz sowie den Hauptschriftleiter des DBB., Heßlein, in die Wüste schicken wollten.

Die Wahl der ehrenamtlichen Mitglieder des Bundesvorstandes ergab die einstimmige Wiederberufung der bisherigen Vorstandsmitglieder. Zum Bundesvorsitzenden wurde der bisherige Führer des DBB., Flügel, mit 272 von 332 abgegebenen Stimmen wiedergewählt. Mit einer zündenden Rede schloß der wiedergewählte Bundesvorsitzende die arbeitsreiche Tagung.

Sparkassen im September

Neueinzahlungen etwas erhöht

Die Einlagen bei den deutschen Sparkassen erreichten Ende September 9730 gegen 9734,8 Millionen Mark Ende August.

Auf den ersten Blick scheinen die Einzahlungen, die im September mit 366,05 gegen 374,84 Millionen Mark im August ausgewiesen werden, im Berichtsmonat rückgängig gewesen zu sein. Dies ist aber bei den effektiven Neueinzahlungen auf Sparkonto nicht der Fall, denn im August befanden sich unter den Einlagezugängen 26,64 Millionen Mark aus Aufwertung und Zinsgutschriften, im September dagegen nur 7,86 Millionen Mark. Dadurch verringern sich die tatsächlichen Neueinzahlungen im August auf 348,2, so daß im September mit rund 358,2 ein Zugang von rund 10 Millionen bei den Sparkasseneinzahlungen (ohne Gutschriften) festzustellen ist. Die Auszahlungen erhöhen sich im September um nahezu 12 Millionen Mark auf insgesamt 370,9 Millionen Mark, so daß der Berichtsmonat insgesamt eine Abnahme des Einlagenbestandes um 4,88 Millionen aufweist.

Im laufenden Monat hat sich nach den bisher vorliegenden Meldungen die Einlagenbewegung bei den Sparkassen erheblich gebessert. Die Sparkassen waren hierdurch in der Lage, seit Anfang Oktober etwa 100 Millionen von ihren Verpflichtungen bei der Akzeptbank abzudecken.

Die Weltwirtschaftskonferenz

Um die Kohlenverständigung

Aus dem Bergbauindustriearbeiter-Verband erhalten wir folgende Zuschrift:

„Am 31. Oktober wird in Genf der Vorbereitungsausschuß für die Weltwirtschaftskonferenz zusammentreten, um einen Entwurf für die Tagesordnung aufzustellen. Neben Vertretern der Großmächte gehören diesem Ausschuß Sachverständige des Völkerbundes, des Internationalen Arbeitsamtes und der BIZ. an. Der Ausschuß wird sich vor eine Fülle von Problemen gestellt sehen, unter denen eine sachgemäße Auswahl zu treffen nicht eben leicht sein wird. Gruppiert man die zu behandelnden Fragen nach ihrer weltwirtschaftlichen Dringlichkeit und Verhandlungsreife, so wird man unbedingt die internationale Kohlenverständigung mit an bevorzugter Stelle auf die Tagesordnung bringen müssen.

Auf dem Londoner Internationalen Bergarbeiterkongreß hat vor kurzem der Führer der deutschen Bergarbeiter, Fritz Husemann, die Anregung gegeben, auf den sehr eingehenden Vorarbeiten des Völkerbundes, des Wirtschaftskomitees und der wiederholten Sachverständigenkonferenzen aufbauend, die Ordnung der internationalen Kohlenwirtschaft zum Grundstein des weltwirtschaftlichen Wiederaufbaus zu machen, dem die Konferenz doch dienen soll. Die privaten Verständigungsbemühungen, auf die noch zu Anfang dieses Jahres die Genfer Amtsstellen gewisse Hoffnungen setzten, sind inzwischen samt und sonders fehlgeschlagen, wie zuletzt die Ende September in Deauville abgehaltene Zechenbesitzerkonferenz ergeben hat. Der daraufhin zwischen England und Polen in bezug auf die skandinavischen Kohlenmärkte abgeschlossene Sonderpakt muß im Hinblick auf die notwendige Gesamtlösung eher als eine Erschwerung denn als ein Fortschritt angesprochen werden.

Ohne Mithilfe der Regierungen und ohne Mitwirkung auch der übrigen Beteiligten, nicht zuletzt auch der Bergarbeiter, wird daher ein dauerhafter Kohlenfrieden nicht zustandekommen können, würden sich doch beispielsweise die von den Regierungen verfügten Kohlenhandelsbeschränkungen über alle noch so wohl ausgewogenen Vereinbarungen hinwegsetzen, wie andererseits soziale Erschütterungen im Bergbau die einschneidensten kohlenwirtschaftlichen Wirkungen hervorrufen können. Will man den gestörten Lauf der Weltwirtschaft wieder in geordnete Bahnen lenken, so muß man bei der Kohle anfangen. Es gibt kaum einen wichtigeren Punkt für den jetzt aufzustellenden Arbeitsplan der Weltwirtschaftskonferenz."

Protest bei Siemens

Gegen die Kontingentspolitik

Am Freitag fanden die Aufsichtsratssitzungen der Siemens u. Halske A.-G. und der Siemens-Schuckert-Werke A.-G. statt, auf denen die Vorstände den Jahresbericht über die Betriebslage abstatteten. Mitteilungen über das Jahresergebnis wurden noch nicht gemacht.

Bei den Siemens-Schuckert-Werken hat die Umsatzschrumpfung bis in die ersten Monate dieses Jahres angehalten. Dann trat ein Stillstand in der Abwärtsbewegung ein, dem in der letzten Zeit eine wenn auch nur geringe Besserung gefolgt ist. Bei Siemens u. Halske hat der Beschäftigungsrückgang bis in den Hochsommer hinein angehalten, scheint aber jetzt auch zum Stillstand gekommen zu sein. Das saisonmäßige Rundfunkgeschäft hat sich belebt.

Die Berichte der Außenorganisationen lassen fast durchweg eine hoffnungsvollere Auffassung über die kommende Entwicklung erkennen. Diese Annahme findet ihre Bestätigung in einer wachsenden Zahl von ernsthaften Anfragen. Das Auslandsgeschäft hat infolge der allgemeinen Handelshemmungen weiter nachgelassen, so daß bei Siemens-Schuckert der größere Teil des Umsatzes wieder auf das Inlandgeschäft entfällt. Bei Siemens u. Halske ist der Auslandsanteil dagegen noch etwas gewachsen.

Zu der Kontingentspolitik der Papen-Regierung sagt das Kommuniqué wörtlich: „Mit ernster Sorge verfolgen wir aber die neueste deutsche handelspolitische Entwicklung. Ihr Schaden für die deutsche elektrotechnische Industrie kann noch gar nicht in seinem vollen Umfange ermessen werden. Allein die Ankündigung der Kontingentspolitik hat nicht nur Zurückhaltung auf der ganzen Linie erzeugt, sondern sich sogar schon sehr merklich schädigend ausgewirkt; mit Sicherheit vor dem Abschluß stehende Geschäfte mit alten treuen Kunden sind unter ausdrücklichem Hinweis auf obige Ursache an ausländische Konkurrenz gefallen. Die Berichte unserer Auslandsorganisationen lassen klar erkennen, daß jetzt schon dem Export deutscher Arbeit erheblicher Schaden zugefügt worden ist, dessen Ausdehnung bei Durchführung der angekündigten Maßnahmen jedwedes Bemühen in Deutschland, das Heer der Arbeitslosen zu verringern, zuschanden machen muß."

Im Gesamtkonzern haben Neueinstellungen, mit Ausnahme der Radioabteilungen, wo 1400 Arbeiter eingestellt werden konnten, nur in ganz geringem Umfange stattgefunden. Man scheint sich im Gegenteil bei Siemens noch mit Abbaumaßnahmen in einzelnen Abteilungen zu befassen, denn es heißt in dem Kommuniqué, daß die Anpassung der Organisation an den geschrumpften Umsatz noch nicht zum Abschluß gekommen ist.

Erzwungener Notverkauf

Verlustgeschäft mit Kohlenfeldern

Die Finanz- und Steuerdeputation der Stadt Berlin hat beschlossen, die Gewerkschaft Röchling mit ihrem Besitz von 21 unverritzten Kohlenfeldern für 1,5 Millionen Mark durch das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat zu verkaufen. Dieser Preis entspricht etwa der Bewertung durch mehrere Sachverständige.

Gleichwohl ist dieses Kohlenfeldergeschäft für die Stadt Berlin recht verlustreich ausgegangen. Sie hat nämlich die Gewerkschaft im Jahre 1917 für 8,4 Millionen Mark gekauft, um bei der damals herrschenden Kohlennot eine Reserve für die Kohlenversorgung der Reichshauptstadt zu haben. Inzwischen sind die früher in die Höhe getriebenen Preise für Kohlenfelder sehr stark gesunken. Eine Betätigung der Stadt Berlin als Bergbauunternehmer kommt heute nicht in Betracht, da die Niederbringung eines Schachtes erhebliche Kapitalien beanspruchen würde.

Außerdem zwingt die Finanznot die Stadt, Vermögensteile, die in absehbarer Zeit keinen Nutzen abwerfen, möglichst zu verkaufen, selbst mit Verlust — das ist ja eine Situation, die von den hinter der heutigen Reichsregierung stehenden Kreisen, den Kapitalisten, seit Jahren herbeigewünscht wurde. Von der Stadtverwaltung darf man erwarten, daß trotz der ungenügenden Reichshilfe in der Arbeitslosenfürsorge, trotz eines ungerechten Lasten- und Finanzausgleichs dem Hunger des Privatkapitals nach städtischen Vermögensteilen schärfster Widerstand entgegengesetzt wird.

Weiße Zähne: Chlorodont

die Zahnpaste, die von mehr als 6 Millionen Menschen — allein in Deutschland — täglich gebraucht wird. Vorzüglich in der Wirkung, sparsam im Verbrauch, von höchster Qualität. Tube 50 Pf. und 80 Pf. Weisen Sie jeden Ersatz dafür zurück.

SCHICKSAL MASCHINE

4] ROMAN VON STEFAN POLLATSCHEK

(Copyright Saturn-Verlag.)

Was die Owag betreffe, kam die leise Stimme wieder, sei die Situation schwer zu überblicken. Herrn Weltlin dürfte es gewiß bekannt sein, daß man in fremde Verhältnisse keinen Einblick habe. Es frage sich nur, ob man überhaupt prüfen könne, daß eine Erfindung nicht in einiger Zeit überholt werden könne, ob solch eine Ueberprüfung technisch möglich wäre. Und es komme doch hier auch sehr auf den Standpunkt des Ueberprüfers an. Wenn man auch annehmen wolle, daß alle Techniker eine Maschine als vollkommen, als ideal bezeichneten — ob sie auch die Gewähr übernehmen können, daß nicht in drei, in zwei Jahren, ja in einigen Monaten ein genialer Erfinder eine noch vollkommenere Maschine erfinde, die noch mehr Arbeitskräfte entbehrlich mache und darum noch rentabler sei? Das sei gewiß vorstellbar, wie gerade das Beispiel Herrn Weltlins zeige, der vor drei Jahren auch nicht geglaubt habe, daß seine neuen Maschinen innerhalb so kurzer Zeit wertlos werden könnten. Die Techniker, so schloß behutsam und leise der Bankdirektor, könnten doch nur immer feststellen, daß eine Maschine den gegenwärtigen Errungenschaften angepaßt sei, aber was im nächsten Augenblick erfunden sein könne, das könnten auch die Herren Techniker nicht bestimmen. Der Geldgeber aber habe die Verpflichtung, auch hieran zu denken — leider, wie Herr Krüger mit trauriger Stimme hinzufügte . . . Die Banken seien aber doch dazu da, um gute Unternehmungen zu finanzieren, und gewiß habe jede Bank schlechtere Industrien gefördert? . . . Zweifellos sei das wahr, unterbrach die leise, traurige Stimme, zweifellos. Aber Herr Weltlin verkenne die schwere Situation, in der sich die Geldinstitute derzeit befänden. Die ganze Welt sei von einer Krise heimgesucht, wie sie die Geschichte nicht kenne, es sei gar nicht ausgeschlossen, daß sich die Menschheit vor einer fürchterlichen Katastrophe befinde, wenigstens deute alles darauf hin. Aber namentlich auf technischem Gebiet sei den Banken größte Zurückhaltung geboten. Eine Erfindung jage die andere; was heute neu, sei morgen alt, und man müsse die Augen gut offen halten, um nicht selbst unter die Räder zu kommen . . . Wieder war die Stille beunruhigend, lähmend. Ob er also die Unteredung als beendet ansehen müsse, wollte Weltlin wissen. Aber gewiß nicht, beeilte sich der Bankdirektor zu versichern; ob Herr Weltlin an die Frage der Sicherheiten gedacht habe? Falls genügend Sicherheiten geboten werden könnten, wäre ja die Angelegenheit rasch zu ordnen . . . Sicherheiten? fragte mit langsam wiederkehrendem Mut der Fabrikant. Sicherheiten? Da könnten doch zunächst die Maschinen selbst Eigentum der Bank bleiben, bis . . . Das wäre wohl keine genügende Sicherheit, unterbrach der Bankpräsident lächelnd, denn die Maschinen könnten ja morgen bereits altes Eisen sein, wenn . . . Es wären noch Grund und Boden und das Fabriksobjekt da, warf der gequälte Mann ein . . . Grund und Boden seien heute gering im Wert, entgegnete Krüger, und an leerstehenden Fabriksobjekten sei kein Mangel — leider! Immerhin, er wolle die Sache prüfen, der Direktion vorlegen, Herr Weltlin werde Bescheid erhalten und er, Krüger, wolle tun, was in seinen Kräften stünde, obwohl er nicht verhehlen dürfe, zu sagen, daß die Aussichten gering seien — leider!

Als der Fabrikant wieder auf der Straße war, hörte er plötzlich eine Stimme „Vater!" rufen. Es war Erna. „Ich habe mich ein wenig frei gemacht. Vater, ich begleite dich." In Weltlin stieg eine weiche Welle hoch, er hängte sich in den Arm seiner Tochter. „Ich dachte, daß es so kommen wird", sagte Erna. Sie gingen schweigend nebeneinander. „Du mußt mit Crusius sprechen, Vater!" meinte dann mit fester Stimme die Tochter.

„Aber, Erna, ich kann doch nicht mit Crusius . . ."

„Du mußt, Vater!"

„Du weißt nicht, was du sprichst, mein Kind, Crusius ist . . ."

„Ich weiß es, Vater! Aber außerdem ist Crusius einer der genialsten Männer unserer Zeit. Wenn einer dir helfen kann, ist er es, und du wirst sehen, er wird helfen!"

„Kein Wort weiter, Erna, kein Wort. Ich werde ihn nie um etwas bitten!"

„Ich rede nicht davon, daß du bitten sollst. Crusius braucht man nicht zu bitten!"

„Sieh' mal, wie du von Crusius schwärmst, deine Mutter scheint dir ja viel von ihm erzählt zu haben."

„Dazu brauche ich Mutter nicht. Ich habe selbst Augen, zu sehen."

„Also Schluß, Erna, es ist unmöglich!"

„Dann komm doch aber zu seinem Vortrag, den er morgen hält. Das mußt du! Er spricht über das Wesen der Technik. Es wird ungemein interessant werden. Bitte versprich mir, daß du hingehen wirst!"

Man war bei der Fabrik angelangt. Erna verabschiedete sich. Beim Weggehen sagte sie noch: „Du kannst ja Fräulein Susi Kreitner mitnehmen, Vater!" Weltlin sah seiner Tochter nach, doch sie war bereits um die Ecke gebogen.

VI.

Als Weltlin den Vortragssaal betrat, hatte er ein Gefühl heftigen Widerwillens zu überwinden. Er liebte große Menschenansammlungen nicht. Dieser Saal aber war übervoll. Bis zur Türe standen dichtgedrängt die Menschen, die gekommen waren, um den großen Crusius zu hören, den Mann, dessen Name in allen Erdteilen mit Bewunderung, ja mit Andacht genannt wurde. Minister, hohe Staatsfunktionäre, Künstler, Gelehrte füllten den weiten Saal. Mühsam kam Weltlin zu seinem Platz. Ein paar Reihen vor ihm saßen Frau und Tochter, er nickte ihnen zu; es war unmöglich, zu ihnen zu gelangen, um sie zu begrüßen. Er sah sich um, bemerkte viele Bekannte. Auf dem Balkon gewahrte er seinen Sohn, doch der sah ihn nicht. Irgendwo im Saal mußte auch Susi sein, doch auch sie zu erblicken, gelang ihm nicht . . .

Von Beifall überschüttet, betrat Crusius das Podium. Die Menge erhob sich, um ihn zu sehen, ihn zu begrüßen, ihm zu huldigen. Es wurde stille, Crusius begann seinen Vortrag. Weltlin nahm alle Kraft zusammen, um seine Gedanken zu sammeln. Es wollte ihm nicht gelingen. Er sah vor sich das markante, durchgeistigte Gesicht des Vortragenden, den er so gut kannte, und es schien ihm, als wäre alles unwirklich. War dies das wirkliche Gesicht des Mannes oder nur das Antlitz, das man in jeder illustrierten Zeitung immer wieder sah? Sprach hier das photographierte Gesicht, sprach ein wirklicher Mensch? Auch die Stimme schien Weltlin verändert. Er entsann sich der Anfänge seiner Bekanntschaft mit Crusius. Wie lange mochte das jetzt her sein? — Fünfundzwanzig, nein, fast dreißig Jahre! Weltlin schien es, als wäre es erst vor kurzem gewesen. Er sah die Halle der technischen Hochschule, den großen Lehrsaal, in dem er neben Crusius gesessen, er sah die verrauchten Kaffeehäuser, in denen man debattierend viele Nächte verbracht hatte. Er entsann sich einer gemeinsamen Fußwanderung durch Tirol, der Hütten, in denen man geweilt hatte. Die Berge lagen zum Greifen nahe, ja es schien, als verspürte er die Wärme der Sonne, die damals gestrahlt hatte. Alles war da, man mußte nur die Augen schließen, nichts war vergangen, nichts war tot. Auch nicht der Tag, an dem Weltlin staunend den plötzlichen Ruhm seines Jugendgenossen erlebt hatte. Man hatte sich aus den Augen verloren, Weltlin saß in seiner Fabrik, erzeugte, handelte, machte Geschäfte; jahraus, jahrein die gleiche Tätigkeit. Manchmal wurde dieser oder jener Gegenstand ein wenig anders hergestellt, hie und da wechselte der Name eines Lieferanten, eines Agenten, eines Kunden. Man kaufte nach langem Feilschen die gleichen Materialien, erzeugte aus ihnen die gleichen Fabrikate, verkaufte sie an die gleichen Kunden, man bemerkte es nur nicht in der Hetzjagd des Erwerbes . . .

(Fortsetzung folgt.)

Ein neuer Ahne des Menschen

25 Millionen Jahre alt

Gespräch mit Professor Dr. Johannes Weigelt vom Geologisch-Paläontologischen Institut der Universität Halle.

„Sie glauben also tatsächlich, ein neues Glied in der Ahnenkette des Menschengeschlechtes gefunden zu haben, Herr Professor?"

„Gewiß. Alle bisherigen Forschungsergebnisse lassen darauf schließen, daß der Mensch von den sogenannten Menschenaffen abstammt. Die Menschenaffen haben sich aus dem Kreise der echten Affen entwickelt, und diese wiederum weisen auf noch primitivere Formen zurück, wie sie hauptsächlich unter der Bezeichnung „Halbaffen" oder „Lemuren" in Madagaskar und Afrika zu finden sind. Hier hörte bis jetzt die exakte Wissenschaft auf. Man nahm zwar an, daß die Halbaffen aus einer bestimmten Eichhörnchenart hervorgegangen sind: Aber dafür fehlten eben die Beweise. Nun leite ich, wie Sie vielleicht wissen werden, seit etwa 6 Jahren Ausgrabungsarbeiten in den anhaltischen Kohlenrevieren des Geiseltales, um die Zusammensetzung der vorgeschichtlichen Lebenswelt zu erforschen. Bereits 1929 konnten wir dort ein sehr aufschlußreiches Leichenfeld bloßlegen und eine ganze Reihe von Frosch-, Schlangen-, Schildkröten- und Krokodil-Resten bergen. Im vorigen Herbst nun entdeckte ich eine Fundgrube von noch viel größeren Ausmaßen. Wir haben dort bis heute 160 Quadratmeter untersucht und bereits 1 300 Wirbeltierreste ans Tageslicht gefördert."

„Zerfallen Ihnen denn diese Knochen nicht unter den Händen?"

„Natürlich — die Arbeit ist außerordentlich mühselig. Jedes einzelne Stück muß sorgfältig von allen Kohleresten gereinigt und dann ganz vorsichtig auf Gipsblöcke oder Paraffinplatten übertragen werden. Aber die Mühe hat sich gelohnt: denn einer dieser Funde ist für die Entwicklungsgeschichte der Menschheit von außerordentlicher Bedeutung. Es handelt sich um ein kleines, nur 4 Zentimeter langes Tier mit einem etwa ebenso langen Schwanz. Die großen Hinterhände sprechen für einen Baumbewohner. Der stattliche Schädel macht etwa ein Drittel der gesamten Körperlänge aus. Die Zehen sind wie echte Kletterfinger gebaut. Und dieses Tier nun, dieser „Ceciliolemur dela saucei", wie wir ihn genannt haben, ist das lange gesuchte Bindeglied zwischen Halbaffe und Insektenfresser, ein früher Vorfahre aus der Ahnenreihe des Menschen."

„Haben Sie auch irgendwelche Anhaltspunkte für das Alter dieses Tieres?"

„Selbstverständlich. Es lebte in der Zeit des mittleren Eozäns, also etwa vor 25 Millionen Jahren."

„Erstaunlich, daß die Ueberreste da noch so gut aufbewahrt sind."

„Gewiß. Und wir fanden sogar im Winkel zwischen Ober- und Unterschenkel und an der Außenseite des Beckens noch erhaltene Fellreste. Wie es scheint, sind die Landtiere damals alle bei Hochwasser umgekommen und gleich so eingebettet worden, daß sie von jeder Sauerstoffzufuhr abgeschnitten waren. Anders ist diese glänzende Konservierung nicht zu erklären. Wir fanden ja sogar auch noch grüne Blätter, Fischschuppen und Säugetierhaare — als wären sie alle erst gestern in der Erde vergraben worden."

„Können Sie aus diesen Funden auch Schlüsse auf die Umwelt unseres „Stammvaters" ziehen?"

„Mitteldeutschland war wohl ein verkarstetes, quellenreiches Tiefland mit tropischem bis subtropischem Klima. Aber Europa bot damals ja überhaupt ein vollständig anderes Bild als heute. Westeuropa war ein Meer mit großen tropischen Muscheln, die Alpen und der Himalaja noch gar nicht entstanden. An ihrer Stelle dehnte sich ein ungeheurer Ozean. Unsere kleinen Vorfahren lebten auf Feigenbäumen, Palmen und Nadelhölzern, und ihre übrigen Lebensgefährten haben wir ja bei unseren Ausgrabungen in großer Anzahl kennengelernt: Buntschillernde Tropenkäfer, Schildkröten, Krokodile und Schlangen (von winzig kleinen, eben ausgeschlüpften, bis zu armstarken Exemplaren). Wunderbar hat sich durch alle diese Funde bisher schon unser Blick in die fernsten Zeiten unserer Heimat geweitet. Und wir werden noch viel größere Ausbeute machen, wenn es uns gelingt, trotz der Not der Zeit unsere Grabungen fortzusetzen."

Lande wieder bahnbrechend!

Zwei Sensationen: Die prämiierte Mischung. Die entzückenden Atlasstoff-Bilder.

Die Lande-Auslese-Zigaretten enthalten jetzt die auf der Internationalen Ausstellung in Saloniki 1931 von den grössten Tabakfachleuten Mazedoniens mit dem „Grand Prix" prämiierte mazedonisch-bulgarische Original-Mischung Natur fermentiert und die neuartigen entzückenden Atlasstoff-Bilder mit unseren Filmlieblingen.

LANDE AUSLESE 4 Pf

Qualität und doch immer neue Überraschungen!

Prachtalben mit 200 Filmstar-Biographien zu beziehen durch die Fachgeschäfte!

S. Richards:

Fieber im Panama-Kanal

Die Wache trat an. Mit abwesenden Gedanken rief der Bootsmann die Namen auf. Der Steuerbordtörn wurde verlesen. Jim Marloney fehlte.

„Jim Marloney ...?" fragte gedehnt und mißmutig der Wachhabende und sah über sein Taschenbuch hinweg nach dem Mitteldeck, wo die Wache angetreten war. Die Matrosen zupften in der glühenden Sonne unruhig an ihren grotesken Kopfbedeckungen und gähnten gelangweilt ins Leere. Die Frage des Wachhabenden erreichte sie nicht.

„Wo ist Jim? ... Weiß das keiner von der Bande?" betonte nachdrücklich der Bootsmann die wiederholte Frage. Verlegen steckten die Matrosen ihre Hände unter die Leibriemen, besahen sich interessiert die Decknähte und schwiegen. Endlich schickten sie den Jungen zu den Präliminarien mit dem Bootsmann vor.

Jim Marloney lag in seiner Koje und war krank. Von Colon, an der Einfahrt des Panamakanals, war er ohne Rausch zurückgekommen und hatte sich sofort hinlegen müssen. Seitdem war er nicht wieder aufgestanden. Er lag in der Koje, stierte dumpf nach dem Tabakskasten und regte sich nicht. Ueber die eingefallenen Wangen schepperte hektische Röte. Jim war völlig zusammengesackt.

Die Wachleute gingen an die Arbeit. In der dörrenden Sonne des Karibischen Meeres gab es wenig zu tun. Unter den dumpfen Schlägen des Motors zitterte die „Jonetta" in die Kanaleinfahrt hinein und wackelte dabei mit dem Steert wie ein Kohlensteamer. Sie war flügellahm; Landwinde konnten die festgebundenen Segel nicht entfalten.

Nach der Ablösung ging der Wachhabende ins Mannschaftslogis. Es war leer. Die Tageshitze hatte alle vertrieben. Fast leblos lag Jim Marloney in der unteren Koje. Die Arme ruhten auf einer weißen Decke, und die Adern waren dick angeschwollen. Sie schienen sich, wie die Egel, voll Blut saugen zu wollen. Der Kranke stieß unregelmäßig Atem heraus. Als sich der Bootsmann über ihn neigte, trat dicker Schweiß auf das fahle Gesicht. Das Blut begann zu kochen. Im Fieberanfall warf sich der Matrose hin und her und krümmte unwillig den kranken Körper, wie unter elektrischen Schlägen. Milchgrüner Schweiß lief in Strömen an ihm herunter. Dann verschwanden sekundenlang die hektischen Flecken aus dem Gesicht und wichen einer tiefen, blauen Blässe. In der harten Hitze des Logis fror der Kranke. Die Zähne schlugen klappernd aufeinander, und schon im nächsten Augenblick jagten die brandroten Strähnen wieder über das hohlwangige Antlitz. Jim phantasierte und redete wirres Zeug durcheinander. Vage Erinnerungsreize wurden zu Schreien; ein Gedanke marterte ihn in der Fieberhitze; er meinte zu versinken. Krampfhaft hielten die knochigen Finger die Seitenwand der Koje fest, während der Leib sich hin und her warf, daß die Bretter ächzten.

Krankenwache wurde befohlen. Und nun saßen sie abwechselnd am Lager des Fiebernden, hörten seine wilden Phantastereien von allen Landstraßen der Erde und sahen die erschreckenden Erstarrungen. Erst als der erste Anfall vorüber war, atmeten die Wachen freier auf. Jim fiel, müde und durstig, auf die Decken zurück.

Die Freiwache saß draußen vor dem Logis und machte Zeugwäsche. Ab und zu kam einer zu dem Kranken herein. Wenn er wieder auf Deck erschien, begegneten ihm fragende, besorgte Blicke. Dann nickte er vielleicht ein bedenkliches, tröstliches Nicken; die Leute ließen ihre Unterhaltung fallen und schwiegen. In die stockenden Reden der Mannschaften von der Freiwache schlichen sich grause Erzählungen von Fieberfahrten ein.

Die Schleusen öffneten sich. Der Rachen der Kanaldurchfahrt gähnte wie ein vorsintflutliches Ungeheuer die „Jonetta" an. Langsam schob sich das Schiff in den quirlenden Wasserstrom des Rio Gatuneilla. Als das Schiff frei war, stand die gesamte Freiwache an der Steuerbordreeling und blickte nachdenklich schweigsam ins Wasser. Sie dachten an Jim Marloney, der unten in der heißen Koje lag und fror. „Fieber ...!"

In ihren Erinnerungen reihten sich Bilder an Bilder. Sie dachten daran, wie das Land hier vordem gewesen war, als der Stausee noch nicht seinen blanken Spiegel prahlerisch dem Himmel darbot. Sümpfe, unendliche Sümpfe hatten sich hier gedehnt. Morastiger Dschungel in brütender Hitze. Dazu Moskitos. Dann hatten sie auf den Inseln hinter dem Winde Menschenfrachten zusammengetrieben und herdenweise herüber verfrachtet, mitten hinein in diese Sümpfe. Die Menschen sollten das Erdreich bewegen, den Dschungel aufwühlen: Schwarze, Braune, Weiße, bis sie selbst im Morast erstickten. Siebentausend sind in den Sümpfen der Landenge verreckt. Heimtückisch und schleichend hat sie das Fieber gepackt und hinweggerafft. Es kam weder Hilfe noch Rettung. Morgens marschierten sie singend in den Dschungel hinein, und wenn die wolkenlose Sonne sich hinter die Berge Nikaraguas versteckte, lagen sie fiebernd in den Gräben und blieben liegen. Die ganze Nacht schrien und fieberten sie; Wahnideen weckte der Durst; man hörte ihre Schreie bis in die fernen Barackenlager, aber niemand half. Wenn am Morgen neue Arbeiterscharen sich in den Busch ergossen, dann waren die anderen verreckt, hilflos gestorben, wie die Tiere: ohne Wasser, Arzt und Beichte, denn die Errungenschaften unserer geistigen Kultur wagten sich nicht in die Fieberhöllen Panamas vor.

So wurde in ihren Hirnen Jim Marloney der letzte Kamerad jener siebentausend, die tief unter der gleißnerischen Fläche des Stausees warteten. Nüchterne, vergessene Opfer militanter Zweckmäßigkeit und merkantilen Fortschritts.

Yorick: Balladen der Zeit

Merkwürdige Meinung eines Arbeitslosen

Ich habe da was in der Zeitung gelesen,
Wie ich neulich so lange zum Stempeln anstand,
In London ist es, glaub ich, gewesen,
Da ist so ein dicker See-Elefant;
Der frißt so viel Fische, ganz ungeheuer,
Da wurde das aber dem Zoo zu teuer.
Da haben sie denn einen Automat
Vorm Wasserbecken aufgestellt,
Und wenn da ein Kind ein bißchen Geld,
Ich glaube einen Penny reinschmeißt,
Dann fällt
Ein Fisch heraus aus dem Apparat,
Den der See-Elefant sofort verspeist.

Ich habe ja wirklich nichts gegen See-Elefanten,
Ich möchte ein Kind sein und möchte mit Eltern und Tanten
Zum Zoo gehn und jedem 'n Groschen abschmeicheln
Und auch die bärtige, glibbrige Schnauze des Tieres streicheln.
Aber wenn man nun so an sich selber denkt —

Ich könnte schon auch so ein Automatendings brauchen,
Daß jeder mir gern einen Groschen schenkt
Und mir dann immer ein Salzhering zum Mund reinhängt,
Ich würde schon auch dafür schwimmen und tauchen!

Doch ich bin ja nicht da zum Vergnügen der Leute.
An den lustigsten Sachen verliert man eben die Freude,
Wenn man so lange beim Stempeln stand.
Ich bin ja auch bloß ein Arbeitsloser,
Und kein harmloser
See-Elefant ...

Der Uranus-Komet

Mehr Kometen sind in diesem Jahr beobachtet worden als je vorher, und die Astronomen halten jede Nacht eifrig Ausschau, um eine dieser Himmelserscheinungen rechtzeitig zu erspähen, denn sie soll das Rätsel einer Katastrophe erklären, die sich am Rande unseres Sonnensystems vor 18 Jahrhunderten ereignete. Der Rekord für die größte Zahl beobachteter Kometen in einem Jahre wurde bisher 1925 aufgestellt, aber durch den Bericht aus Amerika, daß der 12. Komet dieses Jahres von der Yerkes-Sternwarte am Michigansee beobachtet worden ist, ist dieser Rekord 1932 übertroffen. Der Komet, nach dem man jetzt so eifrig Ausschau hält, ist „Temples Komet", ein Stern, der seit 1866 nicht mehr gesehen worden ist und vorher nicht seit 1366. Er steht im Zusammenhang mit den November-Meteoren, und sein Erscheinen in diesem Jahre könnte die Frage nach seinem Ursprung lösen.

Wie der englische Astronom Dr. Crommelin in einem Londoner Blatt ausführt, besteht die Möglichkeit, daß die November-Meteore zusammen mit diesem Kometen im Jahre 126 n. Chr. von dem Planeten Uranus bei einem gewaltigen Vulkanausbruch, der viel stärker war als der stärkste auf unserer Erde, in den Weltraum geschleudert wurden. Die ältere, von dem berühmten französischen Astronomen Leverrier gegebene Erklärung war die, daß sie in jener Zeit von außen her in unser Sonnensystem eintraten, zu nahe an den Uranus herankamen und von diesem in ihren gegenwärtigen Lauf geschleudert wurden. Nach der einzigen genauen Beobachtung des Kometen im Jahre 1866 ist es nicht möglich, das Erscheinen dieses Kometen mit Sicherheit anzugeben. Die wahrscheinlichste Zeit für sein Auftreten ist aber Anfang November, so daß man jetzt mit Spannung den erlauchten Gast erwartet.

Wollen Sie mal was Interessantes lernen ?

Dann besuchen Sie das Juvena-Haus an der Potsdamer Brücke. Dort wird vor Ihren Augen gewirkte Unterwäsche vom Garn bis zur Hemdhose hergestellt. In unterhaltenden Kursen wird Ihnen außerdem gezeigt, wie man elastische Unterwäsche behandelt und pflegt, wie man sie wäscht und ausbessert, damit sie doppelt so lange hält. Beginn dieser Kurse jederzeit. 4 Doppelstunden RM. 0.80, 1 Doppelstunde RM. 0.25. Kostenlose Besichtigung des Juvena-Hauses einschließlich Wäschemuseum und originellen Aufenthaltsräumen. Täglich ab 10 Uhr vormittags, auch Sonntags.

Theater, Lichtspiele usw.

Staats Theater
Sonnabend, den 29. Oktober
Staatsoper Unter den Linden
20 Uhr
Die Macht des Schicksals
Staatliches Schauspielhaus
20 Uhr
Gabriel Schillings Flucht

Rennen zu Karlshorst
Heute 12½ Uhr
Parforce-Jagdrennen

Städt. Oper
Charlottenburg
Fraunhofer 0231
Sonnabend, 29. Okt.
Turnus II
Uraufführung
19½ Uhr
Der Schmied von Gent
(Schreker)
Rode, Müller, Friedrich, Burgwinkel, Steier, Gombert, Guttmann, Gonszar, Baumann.
Dirigent: Paul Breisach.

SCALA
Tägl. 5 u. 8¼ Uhr
3 ANDREU-RIVELS
DARN. V. GECZY
WALLBURG usw.

PLAZA
5 u. 8¼, Stgs. 2,5,8¼ U.
Nur noch 3 Tage!
Dollarprinzessin

Deutsches Theater
Weidend. 5201
8 Uhr
Prinz Friedrich von Homburg
Schauspiel von H. v. Kleist
Regie: Max Reinhardt
Kammerspiele
8 Uhr
Rose Bernd
mit
Paula Wessely

Komödienhaus
Schiffbauerdamm 25
D 2 Weidend. 6304—05.
Täglich 8¼ Uhr
Auslandreise
v. Oesterreicher u. Hirschfeld
Felix Bressart
Maria Paudler
Paul Heidemann

Theater im Admiralspalast
Täglich 8¼ Uhr
Gitta
Alpar
in
Katharina
Ab 1. November im Theater des Westens

Metropol-Theater
Täglich 8¼ Uhr
Fritzi
Massary
in
Eine Frau, die weiß, was sie will!
Sonntag nachm. 4½3 u. 5
Walzertraum

Theater i. d. Stresemannstr.
Täglich 8¼
Zu wahr, um schön zu sein
v. Bernard Shaw
Moissi, v. Thellmann, Bertens, Evans, Otto, Sima, Wiemann, Deppe, de Kowa.

Winter Garten
8 Uhr 15. Flora 3434. Rauchen erl.
Bronett-Familie.
Lord Ain. 7 Alfredos.
Marianne u Roberts.
Dormonde. Mae Elgin.
Mary Erik u. Co. usw.
Sonnabend und Sonntag auch nachm. 4 Uhr zu kleinen Preisen

VOLKSBÜHNE
Theater am Bülowplatz
J 1. Norden 2944. Letzte 8 Aufführg. 8 Uhr
Die Ratten von Gerhart Hauptmann
Dorsch, Klöpfer, Wernicke, Karchow, Almas, Loovsky, Marlow, Dahlke, Wollenberg, Bethge
Sonntag mittag 11½ Uhr: Bach-Konzert
Leitung: Michael Taube

Wallnertheater
Täglich 8¼ Uhr
Leibkutscher des Fridericus Rex
Singspiel v. G. Quedenfeldt, Musik v. Jos. Snaga
Preise 0,30 bis 3 M. Vorverk. ab 10 Uhr.

Stettiner Sänger
Reichshallen-Theater
8.15 Sonntag 3.30
zu ermäßigten Preisen.
Letzte Woche!
„Und abends wird getanzt"
und das Oktober-Programm

Willi Schaeffers Nürnberger Str. 50 Kabarett für Alle
4 Uhr Täglich 2× 9 Uhr
Das sensationelle Kabarett-Programm
Abendpreise 1—3 Mk.
Nachm. Gedeck 1.25
Jeden Sonnabend 11½ Uhr: Nachtvorstellung

HAUS VATERLAND
Das Vergnügungs-Restaurant Berlins
BETRIEB KEMPINSKI

Schiller Theater
Bismarckstr. (Kale)
Steinpl. (C 1) 6715
Täglich 8¼ Uhr
Robert und Bertram
Alfred Braun, Fritz Hirsch, Senta Söneland

Rose-Theater
Große Frankfurter Straße 132
Tel. Weidman E 7 3422
5 Uhr
Frau Holle
8,15 Uhr
Der Hauptmann von Köpenick
11.45 Uhr
Ganovenehre

Theater d. Westens
Steinpl. 3121
Letzte Tage!
Tägl. 4½ u. 8¼
Stg. 2¼, 5 u. 8¼
Försterchristel
Wörner, Stüwe, Lichtenstein
1. Vorst. 0,30-1,50
2. Vorst. 0,50-2,50

Lessing-Theater
Tägl. 8¼ Uhr
Grete Mosheim
Oskar Homolka
in
Pygmalion

B. B. B.
Bendows Bunte Bühne
Kottbusser Straße 6
früher „Elite-Sänger"
Lache dich gesund!
Tgl. 8 Uhr, Sonnt. nachm. 3½
Preise von 50 Pf. an
Ab 1. Nov.
„Hier können Familien Kaffee kochen"

Theater am Schiffbauerdamm
D 2 Weidend. 9055
Täglich 8¼ Uhr
die „Truppe 1931" spielt
„Da liegt der Hund begraben"
Komödie m. Musik

Stellenangebote finden im Vorwärts beste Beachtung!

8¼ Uhr CASINO-THEATER 8¼ Uhr
Lothringer Straße 37.
Nur noch bis 5. November
auch Sonntags nachm. 4 Uhr
Königin der Luft
Am 4. November zum 1. Male:
Die Liebe blüht in Werder
Gutschein für die Leser 1—4 Personen
Faut. 0.75 M., Sessel 1.25 M., Park. 0.50 M.

Quittungs-Rabatt u. Reklamemarken billig seit 45 Jahren Spezialist Conrad Müller Schkeuditz Leipzig.

Ziehung: 20. u. 21. Dez. 1932
AW
ARBEITER WOHLFAHRT
WEIHNACHTS-LOSE
50 PF.
Doppellose 1.— RM.
Porto und Liste 30 Pf. extra.
135 518 Gewinne im Gesamtwerte von RM.
450000
Höchstgewinn auf ein Doppellos i. W. v. RM.
50000
Höchstgewinn auf ein Einzellos i. W. v. RM.
25000
2 Hauptgewinne im Werte von je RM.
20000
2 Hauptgewinne im Werte von je RM.
10000
Das praktische Geschenk
Glücksbriefe
mit 10 Losen 5 RM.
mit 20 Losen 10 RM.
Sämtliche Gewinne werden auf Wunsch mit 90% ausgezahlt.
Lose zu haben:
Bei den Kreisleiterinnen der Arbeiterwohlfahrt, Verkaufsstellen der Konsum-Genossenschaft, Vorwärtsfilialen, Wertheim und Singer

Verkäufe

Kochherde jeder Art u. Größe, Riesenauswahl, Teilzahlung, transportable Kachelöfen, Badewannen-Oefen, Kesselöfen. Die alte Firma Semmler und Blenberg, Dresdenerstraße 99, Jannowitz F 7 6651.

Tapeten Seiffert, Kolonieftraße 9.

Kleidungsstücke, Wäsche usw.

Wenig getragene Kavaliergarderobe von Millionären, Aerzten, Anwälten. Fabelhaft billige Preise. Empfehle Taillenmäntel, Paletots, Fracks, Smokings, Gehrockanzüge, Hosen, Sportgehpelze. Damenmäntel. Gelegenheitskäufe in neuer Garderobe. Weitester Weg lohnend. Lothringerstraße 56, 1 Treppe, Rosenthaler Platz.

Möbel

Lagerspeicher Kastanienallee 45. Gebrauchte Möbel billig.

Herrenzimmer 175,— bis 750,—. Ankleideschränke, 85,—, Klubsofas 75,—, Kamerling, Kastanienallee 56 (Ecke Fehrbellinerstraße).

Achtung, jetzt wieder ein Posten zurückgenommene Schlafzimmer 190,—, Schlafzimmer, Birke, Mahagoni, Nußbaum, rund gebaut, nur 325,—, Speisezimmer 175,—, Herrenzimmer 165,—, 50 Küchen in allen Farben 55,—, Ankleideschränke, Nußbaum, 55,—, Nußbaumschrank 25,—, Wäscheschrank 15,—, Klubsessel. Riesenauswahl. Alles unter Werkpreis. Kommen Sie schnell zu Möbel-Schrager, Kastanienallee 45, Hofgebäude.

Fahrräder

Ballonräder Riesenauswahl, allerbilligst. Opelchromballon, Diamantballon, Görickeballon, Wandererballon, Expreßballon, Multiplexballon, Monopolballon, Wittlerballon, Brennaborballon. Teilzahlung 10,— monatlich. Spezialballon 32,—, 45,—. Schlawe, Weinmeisterstraße vier.

Garten, Laube und Balkon

Edelobstbäume, Beerenobst, Heckenpflanzen, Rosen, Ziersträucher, Koniferen usw. Preisliste kostenfrei! M. Haufe, Baumschulen, Zehlendorf-Mitte, Lichterfelderstraße. Fernspr.: Zehlendorf 1090.

Kaufgesuche

Zahngebisse, Platinabfälle, Quecksilber, Zinnmetalle, Silberschmelze Goldschmelzerei, Christionat, Köpenickerstraße 29, Haltestelle Adalbertstraße.

Ihr Schneider

Maßanzug, Maßmantel, ab 60,—, Monatsrate 10,—. Berolina 2887.

Umzüge Fuhrwesen

Möbeltransporte billig, gewissenhaft. Genosse Conrad Pilz, Neukölln, Hermannstraße 18.

Eiltransporte aller Art. Kleine Umzüge. Kurfürst 1408.

Mietgesuche

Möbliertes Zimmer sucht Herr, Nähe Perchimer Allee. Zuschriften an Kreuz, Britz, Parchimer Allee 73 E.

Gesucht
ein politischer Redakteur
Angebote mit Referenzen, Gehaltsansprüchen und Angabe der Personalien sind zu richten an den Verlag der „Ostthüringer Volkszeitung" Altenburg, Thür., Wallstr. 9